

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 1,50 M.  
Im voraus zahlbar. Postbezug 1,25 M.  
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren. Ausland-  
abonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich jenseits. Sonntags und Feiertags  
einmal. Die Anzeigenpreise für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Vorwärts“, illustrierte Beilagen „Welt  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Witz“, „Frauen-  
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die  
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag  
14 Januar 1930  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auszwärts 15 Pf.

Die einseitige Konfessions-  
losigkeit des Vereins — Reichs-  
wart „Kleine Anzeigen“ des ein-  
gedruckte Worte, jedes weitere Wort  
15 Pfennig. Stellenangebote des ein-  
Wort 15 Pfennig. Jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Jahres 50 Pfennig. Familienanzeigen je Zeile  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Lindenstraße 3, wochentlich  
von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Döndorf 192—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbesetzung: Berlin 37306. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B u. Disz.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

# Schacht-Krise im Haag. Reichsbank macht nicht mit!

V. Sch. Haag, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Das Eintreffen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag hat pünktlich zu dem vielfach prophezeiten großen Krach geführt. Schacht hat dem Vorsitzenden erklärt, daß sich die Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen nicht beteiligen werde.

Die deutsche Delegation, der die Erklärung Schachts nicht mehr ganz unerwartet kam, beschloß, an Stelle der Reichsbank eine Gruppe anderer deutscher Banken zu delegieren.

Bei den ausländischen Delegationen hat das Vorgehen Schachts wesentlich dazu beigetragen, die gereizte Stimmung gegen den Reichsbankpräsidenten sowie die Vorstellung, daß dieser doch eigentlich der leitende Mann Deutschlands sei, zu verstärken. Der Krach über seine Quertreiberei ist um so größer, als gerade am heutigen Tage sowohl in den finanziellen Fragen wie auch in der sogenannten Sanktionsfrage im wesentlichen eine Einigung erzielt worden war.

## Schachts Sprengversuch.

V. Sch. Haag, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Allmählich werden Einzelheiten über die gefährliche Wendung bekannt, die die Konferenz infolge des Vorgehens von Dr. Schacht plötzlich genommen hat. In der Sitzung des Organisationskomitees für die Internationale Bank, die eine reine Bankiersitzung unter dem Vorsitz des Amerikaners Reynolds war, verlor zunächst der Vorsitzende ein Schreiben, das er von Dr. Schacht vor einiger Zeit erhalten hatte. Nach der einen Version soll das Schreiben vom Zell erhalten habe.

Es soll im wesentlichen besagen, die Reichsbank müßte ihre Mitwirkung an der Bank für internationale Zahlungen von der Klärung der drei folgenden Punkte abhängig machen: 1. Wiederherstellung des ursprünglichen Young-Planes an Stelle des durch die Haager Konferenz verfallenen Young-Planes, 2. Ausschaltung aller Sanktionsmöglichkeiten unter dem Regime des Young-Planes und 3. Regelung der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Sinne der deutschen Forderungen.

Angeblich soll hinsichtlich des dritten Punktes des Schreibens sogar die Wendung enthalten, daß sich Schacht nicht an einen Aufsichtsrat mit Beuten zusammenschließen könne, die das private Eigentum nicht respektierten. Reynolds fragte nach Verlesung des Schreibens den Reichsbankpräsidenten, wie er zu diesem Briefe siehe. Schacht antwortete kurz, daß er bei seinem Inhalt bleibe. Darauf entstand ein heftiger Wortwechsel, und die Sitzung zog nach kaum dreiviertelstündiger Dauer unter allgemeinem Krach auf.

Wie man inzwischen erfährt, handelt es sich bei dem Schreiben Schachts nicht um einen persönlichen Brief, sondern um ein Schreiben des Reichsbankdirektoriums, datiert vom 31. Dezember, gezeichnet Schacht, Dreppf.

## Rascher Entschluß der deutschen Delegation.

Als die deutsche Delegation von dem Verlauf der Dinge unterrichtet wurde, trat sie zu einer internen Beratung zusammen und beschloß, in einer für 7 Uhr abends anberaumten Sitzung vorzuschlagen, daß die Reichsregierung mit einem anderen deutschen Bankkonsortium zusammentreten würde, das an Stelle der Reichsbank sich an der Bank für internationale Zahlungen beteilige.

Dieser Vorschlag unterbreitete Curtius in einer Sitzung der sechs einladenden Mächte, die nur knapp eine halbe Stunde dauerte. Als Tardeu gegen 1/8 Uhr abends die Sitzung verließ, um sich zur Bahn zu begeben zu einer 24stündigen Parisreise, erklärte er kurz, daß

die Gläubigermächte diese deutsche Anregung annehmen; es handle sich um einen Konflikt, den die Reichsregierung mit Dr. Schacht allein auszutragen habe und die Gläubigermächte nichts angehe, den Gläubigern könne es gleichgültig sein, ob

## Um den Staat!

### Die Verantwortung der Reichsregierung.

Herr Schacht hat im Dezember die Finanzpolitik des Reiches kommandiert. Im Januar macht er im Haag seine eigene Außenpolitik. Was kommt im Februar? Wird er sich zum Kaiser krönen lassen?

Auf alle Fälle: Der Reichsausschuß Hugenburgs nebst Stahlhelm und Werwolf braucht nicht mehr nach dem Diktator zu schreien. Er ist da!

Es gibt lange Diktaturen und kurze. Die von Mussolini ist lang, die von Kapp war kurz. Und die von Schacht? Darf man hoffen, daß sie schon angefangen hat, aufzuhören?

Der Augenblick fordert eine klare Sprache. Es ist uns unvorstellbar, daß sich eine Diktatur Schacht oberhalb einer deutschen Reichsregierung beseligen könnte, in der vier Sozialdemokraten sitzen. Die Sozialdemokraten in der Regierung müssen dafür sorgen, daß mit diesem blamablen Zustand sofort ein Ende gemacht wird. Können sie das nicht, so können sie nicht weiter die Verantwortung mittragen.

Es geht jetzt um den Staat selbst. Der Staat verliert seinen Anspruch auf Autorität nach unten, wenn er sie nicht auch oben zu wahren versteht.

Die Schnelligkeit, mit der sich die Regierung entschlossen hat, eine andere Bankgruppe einspringen zu lassen, berechtigt zu einigen Hoffnungen. Leider bleibt aber doch manches, was sich in den letzten Tagen abgepielt hat, schwer verständlich.

Schachts Brief war der Regierung seit dem 31. Dezember bekannt. Man hat trotzdem, statt den Mann — bildlich gesprochen — in Schutzhaft zu nehmen, ihn durch entsprechende Gegenmaßnahmen unschädlich zu machen, mit ihm weiter ver-

handelt. Die Delegation soll sogar gestern noch Versuche unternommen haben, ihn umzustimmen.

Schachts Reise nach dem Haag war aber unter den gegebenen Umständen reines Theater mit einer Bombenrolle und einem Bombeneffekt. War es nicht möglich, dieses Theater zu verhindern?

Schacht ist auf seine Weigerung hin, in die internationale Bank einzutreten, nicht sofort nach Hause geschickt worden als ein Mann, der im Haag nichts mehr verloren hat, sondern er nimmt an der Arbeit des Organisationskomitees weiter teil!

Wird Herr Schacht also auch an dem Teil der Verhandlungen teilnehmen, der das künftige Statut der Reichsbank betrifft? Uns scheint, daß nicht er berufen ist, die Folgerungen zu ziehen, die sich für diese Materie aus seinem letzten Streich ergeben. Uns scheint aber auch, daß jetzt der Wunsch des deutschen Volkes, die übertriebene Macht des Reichsbankpräsidenten herabgemindert zu sehen, bei den Vertretern des Auslands auf volles Verständnis stoßen muß. Daran hat es ja, wenn wir recht unterrichtet sind, auch zuvor schon nicht gefehlt!

Die Unabsehbarkeit des Reichsbankpräsidenten ist eine Fessel, die uns durch den Dawes-Plan auferlegt worden ist. Die deutsche Delegation hat hundertmal recht, wenn sie die Befreiung von dieser Fessel fordern will. Wird sie es tun?

Das deutsche Volk wird sich eine Diktatur Schacht auf keinen Fall gefallen lassen! Es ist genug und übergenug! Die Reichsregierung hat den unermesslichen Schaden, den dieser Mann anrichtet, mitzuverantworten, wenn sie seinem Treiben nicht Einhalt gebietet. Zeigt sie den Willen dazu, so wird sie die erdrückende Mehrheit des Volkes hinter sich haben und der Sieg wird ihr gewiß sein.

Wenn sie aber nicht siegen wollte — ja, dann wäre ihr auch nicht mehr zu helfen!

### Die Mitarbeit an der Internationalen Bank von der Reichsbank oder von einem anderen deutschen Bankenkonsortium erfolge.

Infolge dieser Zustimmung zu ihrem Vorschlag betrachtete nun die deutsche Delegation die akute Gefahr einer Sprengung der Konferenz durch Herrn Schacht als beigelegt. Sie hat sich sofort mit den Leitern der Berliner Großbanken in Verbindung gesetzt und diese gebeten, Bevollmächtigte nach dem Haag zu entsenden.

Dr. Schacht soll erklärt haben, daß er von seinem Standpunkte aus nichts dagegen einzumenden habe, daß deutsche Privatbanken das Experiment der Beteiligung an der Internationalen Zahlungsbank auf sich nehmen.

Allgemein wird in der deutschen Delegation das größte Vertrauen darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Vertreter der Reichsbank, die seit Beginn der Haager Konferenz als Sachverständige der deutschen Delegation beigegeben sind, während der letzten Tage die Absichten ihres Chefs verschwiegen haben und im Gegenteil Stimmung in dem Sinn gemacht haben, als sei von dem Erscheinen Schachts im Haag keine gefährliche Wendung zu befürchten.

Im Gegensatz zu diesem Optimismus der Reichsbankvertreter scheinen die Delegationen der Gläubigermächte bereits seit Tagen durch Parker Gilbert auf die heutige Wendung vorbereitet gewesen zu sein.

Die schon vor vier Tagen in einem Bericht des „Vorwärts“ aus dem Haag signalisiert worden ist.

## Empörung gegen Schacht.

V. Sch. Haag, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Das Verhalten Schachts hat unter den deutschen Delegierten ohne Ausnahme starke Empörung ausgelöst, die ihn unvorbehalten von allen vier Ministern zum Ausdruck gebracht wurde. Das geschah am Nachmittage im Hotel der deutschen Delegation nach der stürmischen Sitzung des Organisationskomitees. Es wurde ihm er-

klärt, daß die Forderungen seines Briefes an Reynolds politischer Natur seien und daß er seine Kompetenzen überschritten habe. Schacht antwortete mit dem gleichen Argument wie bereits in der Sitzung des Organisationskomitees, daß es sich nicht um Fragen der Politik, sondern um Fragen der Moral handle usw. Man teilte Schacht mit, daß man nunmehr sich an andere Banken wenden werde. Er erklärte, daß er keine Einwendungen dagegen erhebe, obwohl er an sich dazu berechtigt wäre, da es sich um die Placierung deutschen Kapitals im Ausland handle; er werde jedenfalls auf diese Art der Verantwortung ledig.

Dann wurde Schacht gebeten, die deutschen Minister unter sich zu lassen und diese beschloßen, unverzüglich an

### die Reichsreditgesellschaft und die Preussische Serhandlung

heranzutreten, damit diese die Aufgaben bei der Gründung der Internationalen Zahlungsbank übernehmen, die ursprünglich der Reichsbank zugedacht waren. (Man rechnet eventuell auch mit der Mitwirkung des Bankhauses Warburg-Hamburg.)

Mit diesem Vorschlag begab sich die deutsche Delegation in die Sitzung der Gläubigermächte, über die bereits berichtet wurde. Der deutsche Vorschlag löste nur eine kurze Diskussion aus. Lediglich der Italiener erhob einen Einwand,

nämlich, daß die Bestimmungen des Young-Planes, wonach auch andere als staatliche Bankinstitute sich an der BIZ beteiligen sollten, eigentlich nur für die Vereinigten Staaten gedacht wären. Über dieser Einwand wurde schnell wieder fallen gelassen und alle Mächte erklärten sich mit dem deutschen Vorschlag einverstanden unter Betonung, daß es sich um einen rein innerdeutschen Konflikt zwischen der Reichsregierung und Dr. Schacht handle.

Weiter erklärten die Minister der Gläubigermächte, daß sie sich jede politische Einschätzung des Dr. Schacht verbieten und daß die Konferenz ihre Arbeit fortsetzen würde, als ob Dr. Schacht nicht existiere.

### Ergebnislose Einwirkung.

Die deutsche Delegation hat heute nun noch einmal die stärksten Einwirkungsversuche auf Schacht unternommen, um

ihn zur Teilnahme an der Reparationsbank zu bewegen, sie hat ihn geradezu bestürzt — aber mit negativem Erfolg.

Der Reichsbankpräsident hat sich bereit erklärt, auch in Zukunft alle für die Durchführung des Young-Planes notwendigen technischen Maßnahmen durch die Reichsbank durchführen zu lassen, ohne daß jedoch die Reichsbank in dem Verwaltungsrat der Reparationsbank vertreten sei. Die deutsche Delegation hat Schacht gebeten, zunächst im Organisationskomitee weiterzuarbeiten, wozu er sich auch bereit erklärt hat.

### Das Reichsbankstatut muß geändert werden!

Die Stimmung in der deutschen Delegation hinsichtlich der Notwendigkeit einer Änderung des Reichsbankstatuts ist nun völlig umgeschlagen. Während bis heute morgen noch der „Bismarck“ nahezu allein für diese Forderung eintrat, wird jetzt allgemein anerkannt, daß das unerhörte Vorgehen Schachts eine völlig neue Situation geschaffen habe.

Es werden jetzt Änderungsanträge erwogen, dahingehend, daß in das neue Statut der Reichsbank eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach die Mitwirkung an der Bank für internationale Zahlungen zu den Aufgaben und Pflichten der Reichsbank gehört; ferner eine Bestimmung, wonach der Präsident der Reichsbank abberufen werden kann, wenn er die Statuten der Reichsbank verletzt.

Vermutlich würde dann Schacht die Konsequenzen von selbst ziehen. Dennoch muß nach wie vor gefordert werden, daß darüber hinaus das Recht der Reichsregierung gesetzlich festgelegt wird, die Abberufung des Präsidenten auch in solchen Fällen durchzuführen, in dem er durch seine Finanz- und Kreditpolitik die allgemeine Politik der vom Vertrauen des Parlaments getragenen Reichsregierung bewußt und systematisch durchkreuzt. Endlich muß die

### Ernennung wenigstens eines Teiles der Direktionsmitglieder durch die Reichsregierung

erstrebt werden. Erst dann wird das notwendige Mindestmaß von Souveränität des Reiches über sein offizielles Bankinstitut wieder hergestellt sein. Wer sich gegen diese Erkenntnis nach den unerhörten Vorgängen des heutigen Tages noch immer sträuben würde, der wäre mit Blindheit geschlagen.

Der Reparationsagent Parker Gilbert und der amerikanische Bankier Morgan, ein Neffe von J. P. Morgan, sind heute im Haag eingetroffen.

### Kurze Konferenzpause.

Haag, 13. Januar.

Die sechs einladenden Mächte haben beschlossen, ihre nächste Sitzung auf Mittwoch, 11.45 Uhr vormittags, einzuberufen.

Dieser Zeitpunkt wurde gewählt, weil Lardieu erst am Mittwoch um 11½ Uhr aus Paris wieder im Haag eintrifft. In dieser Sitzung sollen die beiden noch offenen Punkte, nämlich die Sanktionsfrage und die Mobilisierungsfrage, soweit gefördert werden, daß sie für die Plenarsitzung des Ausschusses reif werden. In der Sanktionsfrage, die bisher nur zwischen Frankreich und Deutschland erörtert wurde, ist das abschließende Ergebnis des heutigen Tages die Vereinbarung darüber, daß in der Mittwochsitzung die endgültige Fassung festgestellt und daß der Text noch am selben Tage veröffentlicht werden soll.

### Schachts Aktion und der Young-Plan.

Rein formell schließt der Young-Plan die Nichtbeteiligung der Reichsbank und des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an der Bank für internationale Zahlungsausgleich nicht aus. Im Statutenentwurf der Bank von Baden-Baden, den die Öffentlichkeit noch deutlicher in der Erinnerung hat, steht von den Möglichkeiten der Nichtbeteiligung der Reichsbank nichts. Wohl aber sind im Young-Plan selbst und in seinen Anlagen Hinweise auf diese Möglichkeiten vorhanden. Es heißt im Kapitel 6 über die Organisation der Bank unter der Ziffer 2 „Verwaltung“:

„Sollt sich bei der Errichtung der Bank oder bei ihrer späteren Tätigkeit herausstellen, daß die Zentralbank irgendeines Landes oder ihr Gouverneur außerstande ist, amtlich oder halbamtlich die den Zentralbanken nach dem Plane zugeteilten Obliegenheiten, Befugnisse oder Vorrechte auszuüben oder dies unterläßt, werden Erstattungen, die mit den Befehlen des betreffenden Landes nicht im Widerspruch stehen dürfen, getroffen werden. Diese Erstattungen sind in Abschnitt XII von Anlage I festzulegen.“

Der entscheidende Abschnitt dieser Anlage I lautet:

„Stellt sich bei der Errichtung der Bank oder bei der Ausübung ihrer Aufgaben nach der Errichtung heraus, daß die Zentralbank eines Landes oder ihr Präsident sich außerstande sieht, in einzelnen oder allen im vorliegenden Entwurf vorgesehene Fällen amtlich oder halbamtlich zu fungieren, oder davon Abstand nimmt, so sollen mit den Befehlen des betreffenden Landes nicht im Widerspruch stehende Erstattungen getroffen werden. Weiterhin soll das Direktorium ermächtigt sein, an der Stelle jeder Zentralbank, die die Aufgaben, Befugnisse oder Vorrechte, die dieser Plan vorsieht, nicht oder nur teilweise ausübt, eine Bank oder Bankfirma von allgemein anerkanntem Range und von gleicher Staatsangehörigkeit zu ernennen. Solche Banken oder Bankfirmen können nach erfolgter Ernennung und Annahme an Stelle der betreffenden Zentralbank einzelne oder sämtliche durch vorliegenden Entwurf den Zentralbanken nach diesem Plan zugewiesene Aufgaben wahrnehmen unter der Bedingung, daß dies mit den Befehlen des betreffenden Landes nicht im Widerspruch stehen darf.“

Aus diesen Formulierungen ergibt sich zum ersten das Recht des deutschen Reichsbankpräsidenten, Abstand zu nehmen, amtlich oder halbamtlich in der Bank für internationale Zahlungen zu fungieren. Es ergibt sich zugleich aber auch die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten, wenn der letztere seine Belagerung ohne weiteres auch auf die Reichsbank als Institut ausdehnt. Wenn daher die deutsche Delegation eine entsprechende Änderung des Reichsbankstatuts vorschlägt, die die Beteiligung Deutschlands an der Internationalen Zahlungsbank außer Zweifel stellt, und zwar ohne Rücksicht auf den sich nicht beteiligenden Reichsbankpräsidenten, so zieht sie aus diesem Konflikt vorbeugend die notwendige Konsequenz. Darüber hinaus ergeben diese Bestimmungen des Young-Planes, daß Deutschland freie Hand hat, die Reichsbank selbst oder an ihrer Stelle andere Banken an der Internationalen Zahlungsbank teilnehmen zu lassen. Im letzteren Falle ist das Direktorium der Internationalen Zahlungsbank ermächtigt, solche Banken zu Mitgliedern der Internationalen Zahlungsbank zu ernennen.

Acht ägyptische Provinzgouverneure — Oberpräsidenten — sind ihres Postens enthoben und durch Anhänger der Wafdpartei ersetzt worden.

# Strefemann-Feier in Genf.

## Eröffnungssitzung der Ratsitzung.

Genf, 13. Januar.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundes begann mit einer sehr eindrucksvollen Gedenkfeier für das verstorbene deutsche Ratsmitglied Dr. Strefemann. Sichtlich bewegt erhob sich der neue Ratspräsident, der polnische Außenminister Jaleski, um lebend seinem verstorbenen Ratskollegen einen warm empfundenen Nachruf zu widmen, in dem er auf die starke Persönlichkeit Dr. Strefemanns und seine rastlose Arbeitskraft hinwies, die er in den Dienst einer Reihe von hervorragenden und edelmütigen Unternehmungen gestellt habe. Das Gesamtbild seiner Fähigkeiten habe ihm überall aufrichtige und allgemeine Sympathien gewonnen.

Die Persönlichkeit Gustav Strefemanns ist, so führte er aus, gekennzeichnet durch die psychologische Entwicklung, die die Menschheit nach dem Kriege durchgemacht hat. Dieser große deutsche Vaterlandsfreund, der in seiner langen politischen Laufbahn unermüdet das Wohl seines Landes im Auge hatte, hat

dank seiner tiefen Einsicht und seines bedeutenden politischen Verstandes erkannt, daß das Wohl seines Landes auf der Solidarität und auf dem Wohlergehen der Gesamtheit der Völker beruhen muß.

Vor seinem Tode hatte er die Genugtuung, bei verschiedenen Gelegenheiten die Politik der Verständigung und der internationalen Zusammenarbeit bekräftigt zu sehen, für die er als einer der überzeugtesten Vorkämpfer eingetreten ist. Sein Name wird in der Geschichte weiterleben. Jaleski umriß dann die große internationale Rolle Dr. Strefemanns, der Deutschland in den Völkerbund eingeführt und durch die damit gegebene Verbreiterung seiner Basis sowohl dem Völkerbund als seinem Vaterlande einen gewaltigen Dienst geleistet habe. Sein Tod sei für Deutschland wie für den Völkerbund ein großer Verlust. Zum Schluß würdigte Jaleski als Vertreter Polens die Bedeutung des verstorbenen deutschen Staatsmannes, mit dem ihn das gleiche Gefühl der Notwendigkeit guten deutsch-polnischen Einverständnisses zur Bewahrung des Friedens in Europa verbunden habe.

Staatssekretär Dr. v. Schubert beantwortete diese feierliche Kundgebung des Völkerbundesrats

mit folgender Ansprache: Herr Präsident! Ich bedauere aufrichtig, daß der Reichsaussenminister Dr. Curtius seinen lebhaften Wunsch, dieser Ratsitzung persönlich beizuwohnen, infolge dringender Pflichten im Haag in letzter Stunde aufgeben mußte und dieser Kundgebung des Völkerbundesrats nicht beimohnen konnte. So ist es meine Aufgabe, Herr Präsident, Ihnen den aufrichtigsten Dank für die Worte zu sagen, mit denen Sie das Andenken Dr. Strefemanns geehrt haben, und die ich meiner Regierung und der Familie des Verstorbenen mitteilen werde. Die hohe Anerkennung, die der Persönlichkeit Dr. Strefemanns, dem Menschen, dem Staatsmann, dem Friedensfreund, in diesem Kreise geworden ist, wird nicht nur von der Reichsregierung und der Familie mit aufrichtigem und herzlichem Dank entgegengenommen, sondern in der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands ein dankbares Echo finden. Viele der schönen Worte, die Sie als Präsident des Rates, aber auch im Hinblick auf die besonderen Beziehungen Ihres Landes zu Deutschland der auswärtigen Politik Dr. Strefemanns gewidmet haben, werden in Deutschland in weitesten Kreisen die Erinnerung wieder wachrufen an

das unermüdlche und unheilbare Streben des Verstorbenen, Deutschlands Stellung in der Welt durch aufrichtige Verständigung mit anderen Nationen, durch freundschaftliche Zusammenarbeit zu sichern

und vorurteillos mit allen, die guten Willens sind, die gemeinsamen Bahnen des Friedens zu gehen.

Weil Dr. Strefemann an den Völkerbund glaubte und an seine hohe Aufgabe, hielt er es für richtig, unerschrocken die Wahrheit zu sagen. Aber wie sehr er an sie glaubte, bemerkt er wohl am besten dadurch, daß er, unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit und seiner Gesundheit, seit unserem Eintritt in den Völkerbund von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, wo er durch schwere Krankheit verhindert war, an allen Sitzungen in Genf teilnahm, und daß es ihn immer wieder hierherzog.

Dem Gedächtnis des Verstorbenen kann kein besserer Gedenkstein gesetzt werden — und ich spreche auch im Sinne des abwesenden deutschen Außenministers — als dadurch, daß

### Die Kirchenverhandlungen.

#### Eine amtliche Richtigerstellung.

Gegenüber den in der letzten Zeit in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten von einem Abbruch oder einer Verschleppung der Besprechungen zwischen dem preussischen Staat und den evangelischen Kirchen und gegenüber den gerade entgegengesetzten Meldungen über einen nahe bevorstehenden Abschluß stellt der Amtliche Preussische Pressedienst fest, daß bisher nur unverbindliche Besprechungen zwischen den beteiligten Ressorts einerseits und den Vertretern der evangelischen Kirchen andererseits stattgefunden haben. Diese Besprechungen sollen als Grundlage für die Verhandlungen dienen. Im Staatsministerium werden nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten die Richtlinien festgelegt werden, nach denen diese Verhandlungen zu führen sind. Alle Nachrichten, die im einzelnen darüber hinausgehen, geben ein unrichtiges Bild von der tatsächlichen Lage.

### Sowjetrussische Berichtsfälschung.

#### Ein Anwurf gegen die deutsche Regierung beabsichtigt.

Die Moskauer Telegraphenagentur enthält in ihrem offiziellen Bericht über den Tschernowzenprozeß für die Sowjetpresse eine Fälschung, die geeignet ist, die deutsche Regierung in der öffentlichen Meinung Sowjetrusslands herabzusetzen.

In den Berichten der „Pravda“ und der „Kommunistischen Jugendprohwa“ heißt es nach der einleitenden Ueberschrift: „Deutschlands Rolle“ — wörtlich:

„Der Staatsanwalt fragt: Sie haben gesagt, daß das Strafen der Tschernowzen mit Erlaubnis der amtlichen deutschen Stellen erfolgt ist. Das ist unmöglich.“

Der Angeklagte Bell ausbrach: „Die deutsche Regierung hat mit solchen Plänen sympathisiert (Große Bewegung in Saal).“

Der wirkliche Verlauf dieses Abschnittes der Gerichtsverhandlungen war folgender: Der Angeklagte Dr. Weber hatte erklärt, die Fallschirmjäger hätten gehofft, daß irgendeine Regierung im Osten gegen den Druck von Tschernowzen in ihrem Lande nichts einzusetzen haben werde. Oberstaatsanwalt Teglaß sagte darauf:

„Glauben Sie denn wirklich, daß irgend eine Regierung in der Welt das Strafen von falschen Tschernowzen in ihrem Lande gebüdet hätte? (Heiterkeit im Gerichtssaal.)“

auch wie hier unsere Arbeit mit demselben Glauben, aber auch mit demselben Eifer fortzuführen, um die Hoffnungen und die Erwartungen zu erfüllen.

Die mit Dr. Strefemann und so vielen anderen hervorragenden Staatsmännern alle Nationen an den Völkerbund knüpfen.“ Hierauf wurde unter dem starken Eindruck der Gedenkfeier in die Tagesordnung eingetreten.

Es wurde die einjährige Verlängerung des Mandats der Mitglieder der Saar-Regierungskommission vorgenommen. Deutlich genehmigt wurden ferner die auch für die deutschen Interessen bedingenden Vorschläge eines Sachverständigenausschusses für die Teilung des Knappschafvermögens in Oberschlesien, der Tätigkeitsbericht des Weltlehrer-Instituts in Rom und seine Empfehlungen für begünstigte Fallbehandlung der Wehrfilme sowie die Untersuchungen zur Beschleunigung und Erleichterung der Ratifizierung der unter den Auspizien des Völkerbundes abgeschlossenen Staatsabkommen, die vielfach durchaus nicht in dem wünschenswerten Ausmaß ratifiziert werden. Der englische Außenminister Henderson gab dazu eine längere Erklärung ab, in der er das grundsätzliche Interesse unterstrich, das die englische Regierung dieser Frage im Interesse der internationalen Wirksamkeit der Völkerbundsabkommen und damit des ganzen Völkerbundswerks widmet. Er teilte mit, daß dem englischen Parlament in zwei Wochen die Gesetzesvorlage zur Ratifizierung der Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag zugehen werde.

Vertagt wurde die Entscheidung über eine Bewachung der Klagemauer in Jerusalem wegen neuer englischer Vorschläge, ebenso der Antrag der Mandatskommission, sie zum März zu einer außergewöhnlichen Tagung über die Palästinaunruhen einzuberufen. England möchte erst den Bericht der eigenen Untersuchungskommission abwarten. Die Mandatskommission deutete in ihrem Bericht über Südwestafrika die Möglichkeit an, das Flaggengesetz von 1927, durch das Südafrika alle Deutschen dort zur Erwerbung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft zwang, vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Schubert protestierte gegen das südafrikanische Gesetz und unterstützte prinzipiell die Einholung eines Gutachtens im Haag. Der Rat begnügte sich jedoch mit der Bitte an die Mandatskommission, die Frage weiter zu beachten. Die Absicht Englands, das Mandat selbstständig zu machen, wurde von Brandi bemängelt, der das Mandatsystem als eine Möglichkeit für Stulien, Kolonien zu erhalten, nicht abbrechen lassen will und namentlich bei der Frage der Teilung des irakischen Petroleums mitprechen möchte. Henderson stellte sich auf den Standpunkt, daß England und Frankreich keine Bedingungen, auch keine wirtschaftlichen, gestellt werden könnten, wenn sie sich über eine Neuregelung ihres Verhältnisses zu einander einig sind. Schubert begrüßte, daß zum ersten Male durch Englands Vorgehen im Irak die Berechtigung eines Mandatsgebietes, unabhängig zu werden, anerkannt werde.

### Ein Irzer wollte den Rat erschrecken.

Genf, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Die schweizerische Attentatspolizei hat zu einem glücklicherweise harmlos verlaufenen Raubfall vor dem Völkerbundssekretariat geführt. Der Eingangskontrolle fiel das verführte Wesen eines jungen Mannes auf, der nach 11 Uhr eine Eintrittskarte zu erlangen versuchte. Eine Untersuchung seiner Taschen förderte einen Revolver und über 100 leere Patronenhülsen zutage. Er ist ein junger Schweizer aus Winterthur und gab an, angeführt von vielen Zeitungsmeldungen über Genfer Attentatspläne auf den Gedanken gekommen zu sein, während der Sitzung ein paar blinde Schüsse abzugeben, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf das Studium der Krebskrankheit zu lenken, an der sein Vater leide. Man nimmt an, daß diese Erzählung richtig ist und daß man es mit einem Geistesgestörten zu tun hat.

Bell ausbrach: „Wissen Sie nicht, Herr Staatsanwalt, daß die deutsche Regierung während des Ruhrkampfes Regierfranken gedruckt hat?“

Man vergleiche diese Darstellung vom Verlauf der Sitzung mit der, die von dem offiziellen sowjetrussischen Telegraphenbüro an die Sowjetblätter gegeben wurde. Es stimmt übrigens nicht, daß die deutsche Regierung während des Ruhrkampfes tatsächlich Regierfranken gedruckt hat oder nicht. Der Vertreter des Telegraphenbüros konnte aber unter keinen Umständen sowohl die Aussage des Angeklagten Weber als auch die Frage des Staatsanwalts und schließlich die Worte des Angeklagten Bell in dieser Weise mißverstanden haben, wie er dies getan hat. Sollte er nicht genügend deutsch können, so würde der Presschef der Sowjetvertretung, der sich für den Gang der Verhandlungen in hohem Maße interessiert, gut tun, dafür Sorge zu tragen, daß ein der deutschen Sprache mächtiger Journalist die Berichterstattung für das offizielle Sowjet-Telegraphenbüro übernimmt.

### Bürgerblock mit Demokraten.

#### Erweiterung der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 13. Januar.

Wie die Deutsche Volkspartei mitteilt, wurde in einer Sitzung ihres Landesauschusses das Zusammengehen von Demokraten und Deutscher Volkspartei in der Frage des Eintritts in die Regierung einmütig begrüßt und die Haltung der Parteileitung in dieser Frage gebilligt. Die Demokratische Partei hat sich gleichfalls grundsätzlich bereit erklärt, zusammen mit der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung der jetzigen Regierung mitzuwirken, wenn innerhalb dieser Regierung eine Verschiebung der politischen Kräfte erfolgt, die einen tatsächlichen Einfluß der beiden genannten Parteien gewährleistet. Beide Parteien sollen durch eines ihrer Mitglieder im Staatsministerium vertreten sein.

Verbotes Ehrenamt. Die Oberpostdirektion Kiel hat einem Obertelegraphendirektor die Übernahme des Amtes eines Beigeordneten (Stadttrat) der Stadt Schleswig unerlaubt. Als Begründung für dieses seltene Verbot wird angeführt, daß der Beamte nach der Übernahme des Beigeordnetenamtes seinen eigentlichen Dienst nicht mehr voll versehen könne.

Abgelehnt hat die französische Behörde den kommunistischen Bürgermeister des lothringischen Städtchens Aneutingen, Paul Bolonki, weil er am Waffenstillstandstage die Nationalflagge am Rathaus nicht aufziehen ließ.

## Das Republikshutzgesetz. In erster Lesung angenommen.

Der Strafrechtsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung die erste Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik beendet.

Der letzte Paragraph (§ 17) lautet:

„Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches außer Kraft.“

Hier zeigte der deutschnationalen Abg. Dr. Eperling wieder einmal seine negativen Fähigkeiten, indem er die Streichung der Bestimmung beantragte. Die Folge der Annahme dieses Antrags wäre, wie Abg. Landsberg (Soz.) feststellte, die gewesen, daß das Gesetz zwei Wochen nach der Verkündung im „Reichsgesetzblatt“ in Kraft und niemals außer Kraft getreten wäre. Unter allgemeiner Heiterkeit gab Herr Eperling zu, daß sein Antrag unlogisch sei und nahm ihn zurück.

Die Kommunisten leisteten sich das billige Vergnügen, die Wiederherstellung des sogenannten Kaiserparagraphen zu beantragen, der im Sommer vorigen Jahres dadurch zu Fall gekommen ist, da sie das ganze Republikshutzgesetz und damit auch diese Bestimmung abgelehnt hätten. Abg. Landsberg (Soz.) erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion, obgleich sie die Republik durch die Anwesenheit der Mitglieder vormals regierender Familien auf deutschem Boden nicht für gefährdet erachte, für den Antrag stimmen würde, wenn er nicht unzweifelhaft verfassungsändernd wäre und deshalb einer Zweidrittelmehrheit bedürfen würde, die nicht zu erreichen sei. Sie werde sich deshalb der Stimme enthalten. Der kommunistische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmenhaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

§ 17 wurde dann angenommen, nachdem Herr Emlinger für die zweite Lesung einen Antrag in Aussicht gestellt hatte, das Gesetz spätestens Ende 1932 außer Kraft treten zu lassen.

Heute Fortsetzung des Entwurfes eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches.

## Verfassungsfeind als Ministerialrat?

Wertwürdige Personalpolitik im Reichsfinanzministerium.

Wie wir hören, steht die Einberufung des früher in den Kolonien tätigen Geheimen Baurats Ruthe von dem jetzt aufgelösten Reichsentschädigungsamt ins Reichsfinanzministerium bevor. Geheimrat Ruthe hat im Reichsentschädigungsamt als Personalreferent gearbeitet. Wir können nicht umhin, unserem Ersauern über diese Berufung Ausdruck zu geben. Wir sind nämlich der Ansicht, daß ein Mann, der womöglich noch rechts von dem deutschnationalen steht, und sich bitter darüber beschwert hat, daß sein Kind zur Verfassungsfeier in die Schule gehen mußte, nicht in ein Reichsministerium gehört, sondern daß er sich anderswo, aber nicht auf Kosten der Republik betätigen soll.

Reichsminister Rosenbauer sollte schleunigst hier nach dem Rechten sehen?

## Herr Goebbels dementiert.

Er regiert freiwillig vier Wochen lang nicht.

Der Gau Berlin der NSDAP teilt mit: „Die in verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, über den Berliner Gauleiter, Dr. Goebbels, sei von Adolf Hitler ein vierwöchiges Redeverbot verhängt worden, entbehrt jeder Grundlage. Dr. Goebbels muß sich vielmehr, wie in der nationalsozialistischen Presse bereits vor acht Tagen eingehend geschildert, freiwillig aus gesundheitlichen Rücksichten auf einen Monat jeder öffentlichen Redetätigkeit. Damit sind auch alle seitens der Antipresse an die oben erwähnte Vollstreckung geknüpften Kommentare, die bestimmte politische Wünsche als Vater des Gedankens erkennen lassen, hinfällig.“

## Kommunistisches Aufstandsgefühl.

Zivilprozeß der kommunistischen Zentrale gegen Thalheimer.

Vor dem Landgericht II — Berlin fand gestern ein Zivilprozeß statt, der in die Parteilitung der Kommunisten wieder einmal einen Witz fallen läßt.

Dr. Thalheimer, einstmals führendes Mitglied der Zentrale der KPD, dann aber allerhöchsten Orts in Ungnade gefallen, war im Jahre 1923 durch die törichte Taktik seiner Parteizentrale in ein Hochverratsverfahren hineingekommen. Ihm wurde der Befehl gegeben, sich nach Rußland zu verflüchtigen, wo er am Marx-Engels-Institut wissenschaftlich tätig war. Im Frühjahr 1928 erkrankte seine Frau lebensgefährlich, und Thalheimer ersuchte, ihm die Möglichkeit einer Rückkehr nach Deutschland zum Besuche seiner Frau zu gewähren. Die kommunistische Partei zahlte an Thalheimer Beiträge in Höhe von 2000 Mark auf das ihm zustehende Gehalt hin. Auf der Quittung, die Thalheimer unterzeichnete, war diese Zahlung als Darlehen angegeben. Im Herbst 1928 wurde Thalheimer wie so viele andere aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, und jetzt klagt die einzige revolutionäre Partei Deutschlands durch ihre Untergeordnet, die Bureauhausgesellschaft „Buljan“, bei den bürgerlichen Gerichten auf Rückzahlung dieses sogenannten Darlehens.

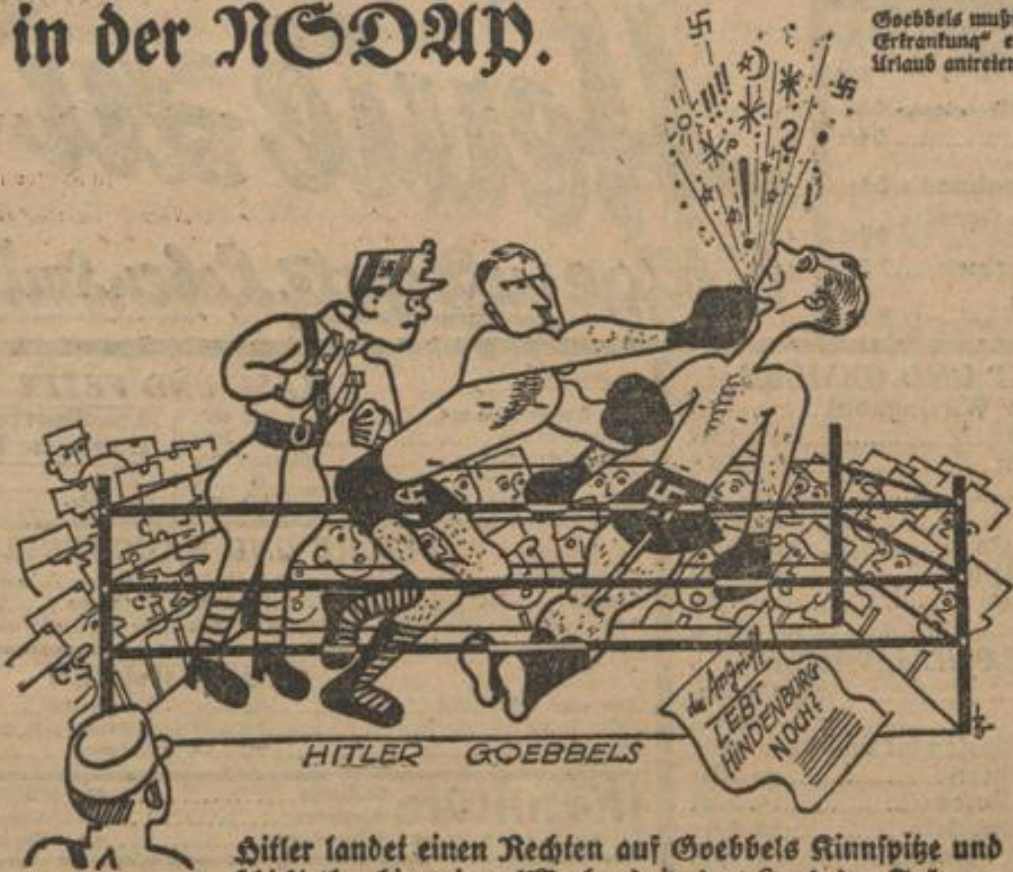
Der Vertreter Thalheimers, Rechtsanwalt Weinberg, wies mit Recht darauf hin, daß dieses Verhalten der Kommunisten einen politischen Skandal allerersten Ordnung darstelle. Es sei unerträglich, daß eine Partei auf Meinungsvorliebenheiten mit einem alten Parteigenossen mit Stockschlägen auf den Magen antwortet. Weinberg konnte auf das Zeugnis des kommunistischen Abgeordneten Oberlein hinweisen, wonach Kommunisten, die aus politischen Gründen gezwungen sind, illegal zu leben, ihr Gehalt weiter beziehen. Nur weil Thalheimer aus Gewissensgründen die Taktik seiner Partei nicht mehr mitmachen konnte, greift man in der heutigen Zentrale der KPD zu diesem höchst unanständigen Mittel.

Wir werden über das Urteil des bürgerlichen Gerichts über die kommunistische Klage, das erst in etwa 14 Tagen gefällt werden wird, berichten.

Kucht aus der Deutschnationalen Partei. Die deutschnationalen Landtagsabgeordnete Frau Ulbrich hat ihren Austritt aus der Partei erklärt. In ihrem Schreiben an den Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes stellt sie fest, sie hätte sich gerne Suweners Führung anvertraut, wenn er wirklich geföhrt hätte. Er sei aber gar nicht der Führer der Partei, sondern die Partei werde geleitet von einem Kreise, der alles andere sei, nur nicht deutschnational.

Von Transvaal nach China beufen wurde Richter Feistham vom Obersten Gerichtshof durch die Verwaltung der Internationalen Konzession von Schanghai. Seine Aufgabe wird es sein, eine Formel zu finden, durch die Chinas Ansprüche in bezug auf die Befestigung der Exterritorialität befriedigt werden können, ohne daß die Interessen der Ausländer in Schanghai gefährdet werden.

# Der Kampf um die Meisterschaft in der NSDAP.



Goebbels mußte wegen „schwerer Erkrankung“ einen vierwöchigen Urlaub antreten.

Hitler landet einen Rechten auf Goebbels Rinnspitze und scheidt ihn bis vier (Wochen) in das Land der Träume.

# Puttschist Fried ist Minister!

Die Thüringer Rechtsregierung ist perfekt.

Weimar, 13. Januar.

Heute Abend kamen die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien und der Nationalsozialisten über die Regierungsbildung in Thüringen zum Abschluß. Dem Landtag soll folgendes Kabinett, das sich aus acht Mitgliedern, und zwar drei Ministern und fünf Staatsräten zusammensetzen wird, vorgeschlagen werden:

Ministerium des Innern und Volksbildungsministerium: Dr. Fried-München (Nationalsozialist);

Finanzministerium: Baum (Landvolkpartei), zugleich als Vertreter des ehemaligen Gebiets Alenburg;

Wirtschaftsministerium und Justizministerium: Dr. Rößner (Wirtschaftspartei), zugleich als Vertreter des ehemaligen Gebiets Gotha.

Dazu treten folgende Staatsräte: Marschler (Nationalsozialist) für das Gebiet Weimar, Port (Landvolkpartei) für das Gebiet Reuß, Klein (Deutschnational) für das Gebiet Meiningen, Jülich (Wirtschaftspartei) für das Gebiet Rudolstadt und Bauer (Deutsche Volkspartei) für das Gebiet Sondershausen.

## Thüringen — „glücklich entbunden!“

Die erste Meldung vom Hitlerputsch in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 an den Polizeipräsidenten und jetzigen Polizeiminister für Thüringen, Fried, lautete: „Glücklich entbunden!“ Diese Meldung hat der Puttschist Kriebel auf der Rückseite seines Fernsprecheverzeichnisses eigenhändig notiert.

Der Puttschist Neuzert erhielt nach der glücklichen Entbindung, d. h. nach der Annahme, daß der Hitlerputsch gelungen sei, von Kriebel den Auftrag, zu Fried in die Polizeidirektion zu fahren, um ihn zur Übernahme des Polizeipräsidenten zu eruchen und als Verbindungsmitglied zwischen Polizeidirektion und Kampfbund tätig zu sein. Neuzert war Leiter der Nachrichtenabteilungen im Oberkommando des Kampfbundes und Fried Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidenten und die rechte Hand des zum Innenminister ernannten Polizeipräsidenten Böhner.)

Fried war auch bei der Vorbereitung des geplanten Puttschdirektoriums Rahr-Böhner-Hitler aktiv beteiligt.

Nach Auslage des Reichsmehrheitsrats Saifer fand am 30. September 1923 im Generalkonferenzsaal (Rahr) eine Besprechung mit Böhner, Kriebel und Fried statt. Es wurde von den beunruhigenden Zuständen in Sachsen und Thüringen gesprochen. Rahr sagte, es sei möglich, daß

ein Staatskommissar zur besonderen Verwendung für Sachsen und Thüringen aufgestellt wird.

Auf eine Frage Rahrs erwiderte Böhner, er wäre bereit, eine solche Stelle anzunehmen, wenn er genügend Vollmachten bekäme.

„Glücklich entbunden!“ Die Reichsregierung wurde in der Nacht vom 8. zum 9. November durch Hitler-Ludendorff-Rahr im Münchener Bürgerbräu „abgelehnt“. Ein nationales Staatstribunal wurde gebildet. Gegner des Hitlerstaates sollte die Todesstrafe treffen. — Die Drahtverbindung von und nach München wurde unterbrochen. Die Chefredakteure der Münchener Zeitungen aber wurden im Mitternacht vom „Ministerpräsidenten“ Böhner, der von dem neuen Polizeipräsidenten Fried begleitet war, empfangen.

Nach Böhner und Fried sollte im Hitler-Staat die Pressefreiheit darin bestehen, daß die Presse zwar schreiben, aber die neue Regierung nicht labollieren dürfe. Da Fried von Rahr beauftragt war, eine neue Reichsverfassung zu entwerfen, dürfte diese Art Pressefreiheit seinem Verfassungswert entnommen sein.

## Stück und Ende des Polizeipräsidenten Fried.

Raum daß Fried die ersten Berichte, darunter den, daß die verfassungsmäßigen Minister in Schutzhaft genommen waren, empfangen, erließ ihm das Schicksal. Fried selbst gibt folgende Schilderung:

Als ich an die Türe treten wollte, drehte Major Imhof den Schlüssel um und sagte in gnädigstem Tone: „Nieder Fried,

es tut mir furchtbar leid.“ Herr Oberst, nun Sie Ihre Minister Oberst Banzer sagte dann: „Im Namen der verfassungsmäßigen Regierung erkläre ich Sie für verhaftet.“

## Fried vor dem bayerischen „Volksgericht“:

Die „Berichtigkeit“ des Fried zum Leiter der politischen Polizei und noch mehr zum Verfassungsminister des republikanischen Landes Thüringen ist durch seine Aussage vor dem „Volksgericht“ bewiesen, dort sagte er:

„Große Differenzpunkte hatten sich in der Behandlung der politischen Fragen ergeben, besonders in der erstarkenden nationalsozialistischen Bewegung, vertreten durch die Nationalsozialistische Partei Hitlers. Wir sahen in dieser Bewegung, die damals noch kein Wort und damals nicht zu unterdrücken gewesen wäre, den Keim von Deutschlands Erneuerung; wir hatten von Anfang an die Überzeugung, daß diese Bewegung geeignet sei, in der marxistisch verfaulenden Arbeiterklasse Fuß zu fassen und sie ins nationale Lager zurückzuführen. Deshalb hielten wir unsere schlagende Hand über die Nationalsozialistische Partei und Hitler.“

Der Hochverrat des Fried wurde mit 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft und 100 M. Geldstrafe vom „Volksgericht“ geahndet. Die ersttens Untersuchungshaft wurde mit 4 Monaten 3 Wochen angerechnet und Bewährungsfrist bis zum 1. April 1928 erteilt.

Fried wird geloben nach § 37 der Verfassung des Landes Thüringen „alle seine Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen, die Pflichten des ihm übertragenen Amtes gewissenhaft zu erfüllen und die Befehle, insbesondere die Reichs- und Landesverfassung, sorgfältig zu befolgen“. Fried wird sich dann an seinem Herrn und Meister Hitler ein Beispiel nehmen.

## Das Vorbild Hitler.

Im Sommer 1922 machte der bayerische Innenminister Schworer Herrn Hitler ob des Gefährlichen seines demagogischen Auftretens Vorhaltung. Hitler antwortete in erregtem Ton, und indem er mit der rechten Hand auf seine Brust schlug, erklärte er:

„Herr Minister, ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, ich werde nie in meinem Leben einen Witz machen.“ (Aussage Schwörers.) Am 8. November 1923 machte Hitler seinen Witz.

Das Programm Hitlers für seinen jungen Mann, den auserwählten „Verfassungsminister“ für Thüringen, Herrn Fried, als auch für die Parteien, denen er die Gnade verleiht, mit Nationalsozialisten regieren zu dürfen, ist von Hitler am 10. Januar vor einem auserwählten Kreise in Weimar im Hotel Kaiserin Augusta entwickelt worden. Nach der „Weimarer Zeitung“ hat Hitler u. a. ausgeführt:

„Jedes Volk muß nach Prinzipien erzogen werden, das deutsche aber ist prinzipienlos geworden. Und in dieser Zeit regiert in Deutschland eine Partei, die den Verfall zu ihrer Grundidee gemacht hat, die das Volk wie zwei unersöhnliche Gegner auseinandergerissen hat. Wir gehen einem großen Bürgerkrieg entgegen.“

Wenn wir (Nationalsozialisten) uns heute in Thüringen zur Mitarbeit in der Regierung entschlossen haben, dann bedeutet das keinen Verzicht auf unser Programm, sondern unsere ernsten Willen, in diesem Lande unsere Grundgedanken einzuführen und wie werden dabei keine Zentimeter von unserem Glaubensbekenntnis abgehen.

Unser Kampf gilt unserem Volk und Vaterland. Wer unserem Volke Feind ist, der steht in uns feindlich. Wer sich nicht abtut, es nicht. Hier kann es nur eine geben: Rettung unseres Volkes, wenn es sein muß, durch Erledigung unserer Gegner.“

In der Überzeugung, daß die Rechtsparteien den Befehl und die „Prophezeiung“ Hitlers vom kommenden großen Bürgerkrieg und auch Herrn Fried als den geeigneten Verfassungsminister hinnehmen, nimmt die Sozialdemokratie den Kampf auf bis zur „glücklichen Entbindung“ vom sogenannten Nationalsozialismus.

A. Brück, R. d. A.



# Ueberwindet Berlin die Finanznot?

## Magistrat schlägt Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer vor

Als Ergebnis der gestrigen außerordentlichen Magistratsitzung wird folgender Beschluß des Magistrats durch das Städtische Nachrichtenamt bekannt gegeben:

Zur Deckung des Nachtragshaushalts in der Gesamthöhe von 69,892 Millionen Mark schlägt der Magistrat vor:

1. einmalige Ausgaben des ordentlichen Haushalts in einer Höhe von 20 Mill. M. zu streichen;
2. den gesamten Haushalt auch bei den laufenden Ausgaben sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite nach der Möglichkeit weiterer Ersparnisse mit größter Beschleunigung durchzuprüfen;
3. die Gewerbesteuer und die Grundsteuer gemeinsam zu erhöhen, und zwar den Gewerbesteuerzuschlag ab 1. April 1929 von 425 auf 443,75 Proz. = 4,5 Mill. M., die Lohnsummensteuerzuschläge ab 1. Januar 1930 von 1000 auf 1150 Proz. = 1,2 Mill. M., den Grundsteuerzuschlag ab 1. April 1929 von 200 auf 216,66 Proz. = 7,375 Mill. M.

Die Erhöhungen unter 3 würden im laufenden Quartal Januar/März eine Mehreinnahme von 13,075 Mill. M. ergeben.

Der Magistrat hat weiter beschlossen, die Durchprüfung der Organisation der Verwaltung auf die Möglichkeit einer Vereinfachung beschleunigt durchzuführen.

Die Höhe der durch die Maßnahmen unter Ziffer 2 zu erzielenden Ersparungen steht augenblicklich noch nicht fest. Der Magistrat erwartet, daß sich durch die gemeinsame Sparaktion in der Zentrale und in den Bezirken innerhalb der laufenden Verwaltung noch bis etwa 10 Millionen Mark in diesem Vierteljahr einsparen lassen. Der Magistrat ist sich aber darüber klar, daß der Gesamtbetrag des Nachtragshaushalts durch alle angeführten und beschlossenen Einsparungen an Ausgaben und Erhöhungen von Einnahmen im laufenden Vierteljahr auf keinen Fall gedeckt werden kann, sondern daß ein erheblicher Restbetrag für das nächste Etatsjahr übrig bleibt und dort abgedeckt werden muß.

Dieser Beschluß des Magistrats kommt nach der Entwicklung, die die Finanzverhältnisse Berlins nach der Bereinigung der 80-Millionen-Anleihe nehmen mußten, nicht mehr überraschend. Wir hatten schon im gestrigen „Abend“ ausgesprochen, daß eine Balancierung des Nachtragshaushalts ohne Schaffung neuer Einnahmequellen kaum möglich erscheint. Der Magistrat hat sich in einer Zeit höchster finanzieller Not nach langen Beratungen entschieden, den schwersten Weg der Steuererhöhung zu gehen, um von sich aus, ohne Einwirkung der staatlichen Aufsichtsbehörde, eine Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten zu erreichen. Man ist bemüht, eine neue einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerung zu vermeiden, indem man auch die Gewerbesteuer und die Lohnsummensteuer, die bekanntlich als kommunaler Zuschlag zu der Gewerbesteuer vom Unternehmer getragen wird, als erhöhte Einnahmequelle heranziehen will. Die Steuererhöhungen, wie sie der Magistrat vorschlägt, ergeben mit Einschluß der 10 Millionen Mark, die man durch Einsparungen erzielen will, erst einen Betrag von rund 33 Millionen Mark. Rechnet man noch die 10 Millionen Mark hinzu, die durch die Sparaktion in der Verwaltung der Zentrale und der Bezirke zusammenkommen sollen, so ergeben sich insgesamt 43 Millionen Mark. Zur Ueber-

nahme in das nächste Etatsjahr verbleibt also trotz aller Maßnahmen noch die staatliche Summe von rund 26,8 Millionen Mark.

Der Oberpräsident hat sich vor einiger Zeit gegen eine Erhöhung der an sich in Berlin niedrigen Gewerbesteuer ausgesprochen. Welche Stellung die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu den Vorschlägen des Magistrats einnehmen wird, ist noch völlig ungewiß, gegen die Erhöhung der Grundsteuer bestehen schwerste und berechtigte Bedenken. Mit Sicherheit kann aber schon heute gesagt werden, daß eine einseitige Erhöhung der Einkünfte aus der Grundvermögenssteuer niemals die Zustimmung der Sozialdemokratie finden wird.

## Zwanzig Matrosen ertrunken!

### Englischer Schleppdampfer im Orkan gesunken.

London, 13. Januar.

Die Admiralität gibt bekannt: Der Schleppdampfer „Saint Genou“, der dem Schiffsdienst der Atlantik-Flotte beigegeben ist, ist am Sonntag um 20.20 Uhr Greenwicher Zeit während eines heftigen Orkans etwa 32 Meilen nordwestlich von Lissabon gesunken. 20 Mann der Besatzung sind ertrunken. Ein Unteroffizier und vier Mann konnten gerettet werden. Der gesunkene Schleppdampfer ist nach der Flottenliste im April v. J. nach gründlicher Ueberholung wieder in Dienst gestellt worden. Zuletzt war das Schiff als Tender dem Schlachtschiff „Repulse“ beigegeben.

Der 3425 Tonnen große Dampfer befand sich auf dem Wege von Portland nach Gibraltar in Begleitung einer Scholuppe und eines anderen Schleppdampfers. Wegen des schweren Sturmes und des hohen Seeganges waren die drei Schiffe gezwungen, ihre Anker zu lichten. Bald darauf kam die „Saint Genou“ in Schwierigkeiten. Von einem der Begleitschiffe wurde ein SOS-Ruf nach Portsmouth gesandt, der vom Schlachtschiff „Rekon“, dem Flaggschiff des Oberbefehlshabers der Atlantik-Flotte, aufgenommen wurde. Dieser gab sofort dem Kreuzer „Tribal“ Befehl, dem sinkenden Schiff zu Hilfe zu eilen. Die „Tribal“ traf jedoch nicht mehr rechtzeitig ein. Die beiden Begleitschiffe der „Saint Genou“ vermachten trotz der größten Anstrengungen nur fünf Personen zu retten. Der Orkan war einer der schlimmsten, die seit langer Zeit zu verzeichnen waren. Die Atlantik-Flotte, die am Montag von Portland auslaufen sollte, hat die Abreise um 24 Stunden verschoben. Da verschiedene Schiffe in der Nacht die Boote im Sturm verloren haben. In England forderte der Sturm 13 Todesopfer.

## Schweres Brandunglück in Charlottenburg.

### Eine Frau lebendigen Leibes verbrannt.

Bestern nachmittags ereignete sich in der Wohnung des Malermeisters Mengel in der Grolmanstraße 62 in Charlottenburg ein folgenschweres Brandunglück.

Die 60jährige Frau des Wohnungsinhabers wollte über Mittag allein in der Küche, um das Essen zu bereiten. Gegen 13 Uhr lehrte die Hauswirtschafterin von einem Ausgange zurück. Gleich im Korridor nahm sie starken Brandgeruch wahr. Als das Mädchen die Büchertür öffnete, drang ihr beheizender Qualm entgegen; auf dem Fußboden lag mit glimmernden Kleidern Frau Mengel bemußlos. Frau

M., die trotz ihrer furchtbaren Brandverletzungen noch Lebenszeichen von sich gab, wurde durch die herbeigerufene Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht, in dem sie, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben ist. Man nimmt an, daß Frau Mengel der Flamme des Gaskochers zu nahe gekommen ist und ihre Kleider sofort Feuer gefangen haben. Vor Schreck ist die Unglückliche dann neben dem Herd ohnmächtig zusammengebrochen und hilflos verbrannt.

## Orkan rast über Berlin.

### Schwere Sachschäden. — Deihalle der Bewag abgedeckt.

Berlin wurde gestern von Unwetter heimgesucht. Nach dem plötzlichen Witterungsumschlag in der Nacht zum Montag fehlte ein orkanartiger Sturm ein, der überall recht erheblichen Schaden angerichtet hat. Die Berliner Feuerwehr mußte sehr häufig ausrücken um die Sturmchäden zu beseitigen.

Alles, was auf Dächern und Häuserfronten nicht niedergedrückt war, wurde ein Spielball des Orkans, der etwa zwischen 14 und 16 Uhr seinen Höhepunkt erreicht hatte. Antennenmasten, Klempnerschilder, Dachbleche usw. wurden vom Sturm losgerissen und hinabgeschleudert. Besonders schwere Verheerungen wurden auf dem Gelände der „Bewag“ in der Herzbergstraße 118/119 in Lichtenberg angerichtet. Dort wurde das Dach der Deihalle in einem Ausmaß von 250 Quadratmeter abgehoben und viele Meter weit auf das Dach einer Montagehalle geschleudert. Glücklicherweise ist dabei niemand verletzt worden. Die Arbeiter in der Montagehalle mußten jedoch wegen der drohenden Einsturzgefahr eingestellt werden. — In den Kuchengebieten wurden viele Bäume entwurzelt oder geknickt. In der Kronprinzenallee in Dahlem durchfiel ein alter Baum, den der Sturm entwurzelt hatte, das Dach einer Villa. Von dem Dach des Hauses Joachimsthaler Straße 6 wurde ein großes Stück Mauerwerk losgelöst und auf die Straße geschleudert. Ein Vorübergehender, der Wächtermeister Erich Hill aus der Emsler Straße 4 wurde von einem Stein am Kopf getroffen und erheblich verletzt. W. erhielt auf der nächsten Rettungsstelle die erste Hilfe. Viel Schaden hat der Sturm auch in einzelnen Landkolonien angerichtet, und viele der leichtgebauten Landhäuser sind wie Kartenhäuser zusammengestürzt.

## Sturmschäden in Hamburg.

Hamburg, 13. Januar.

Infolge des starken böigen Sturmes ist das Wasser im Hamburger Hafen wiederum beträchtlich gestiegen. Der Hochwasserstand erreichte um 14 Uhr etwa sieben Fuß über Null. In der Stadt wurde starker Gebäudeschaden angerichtet. Infolge der rechtzeitig erlassenen Sturmwarnung der Deutschen Seemarie haben viele Dampfer auf der Unterelbe Anker geworfen, um besserem Wetter abzuwarten. Der französische Dampfer „Pologne“, der mit Auswanderern von Obingen nach Le Harve unterwegs war, löslidierte auf der Fahrt durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal bei stürmischem Wetter und Schneetreiben mit dem englischen Dampfer „Cito“, der von Hull nach Stellen bestimmt war. Beide Schiffe haben Schaden erlitten, konnten jedoch ihre Reise fortsetzen. In der Holtener Schleuse wurde der Hamburger Dampfer „Bitea“ durch den Dampfer „Sund“ gerammt. „Bitea“ erlitt Schaden am Heck, konnte aber die Reise fortsetzen.

## 75 Todesopfer von Schneestürmen.

New York, 13. Januar.

Die Mittel- und Weststaaten werden seit mehreren Tagen von ungewöhnlich heftigen Schneestürmen heimgesucht. Bisher wurden 75 Todesopfer gemeldet. Auch aus Kolonien kommen Meldungen über strenge Kälte. Zahlreiche Drostkälte sind unterbrochen.

**Aluixio Azevedo**  
 11) **Ein brasilianisches Mietshaus**

Als Costa nach beendeten Militärdienst erschien, um seine Geliebte zu besuchen, begrüßten ihn die Nachbarn mit jenem gedämpften Ausdruck, den man gewöhnlich bei Trauerfällen zur Schau trägt, denn sie fühlten irgendein drohendes Unglück, dessen Gewalt selbst den stärksten Zauberformeln der Hege trotzte. Bombinha war bei allen beliebt. Sie schrieb ihnen die Briefe und die Postzettel, rechnete für sie und los denen, die zuhören wollten, aus der Zeitung vor. Ihre Bildung war allgemein geschätzt und verhalf ihr zu einem gewissen Luxus, denn ihre Dienste wurden mit zahlreichen Geschenken belohnt. So hatte sie zum Beispiel stets reichlich Schuhe und Pantoffeln und ebenso farbige Strümpfe, die sie zu ihrem säuberlich gestärkten Kleide tragen konnte, und besaß sogar etwas Schmuck. Wahrlich, wenn jemand sie bei der Sonntagsmesse in der eleganten Johanniskirche sah, hätte er sie um nichts in der Welt mit dem Sao Remao-Wohnhaus in Verbindung gebracht.

Vor dem letzten Wackelstand stand Albino, ein bleicher, schwächlicher, weiblicher Jüngling mit einer melancholischen Strähne langen braunen Haars, die ihm tief in seinen schlanken Nacken hing. Er wuchs auch, und die Frauen waren an seine Gegenwart so gewöhnt, daß sie ihn wie einen ihresgleichen behandelten und Sachen vor ihm besprachen, die sie nie vor anderen Männern erwähnt haben würden. Er war sogar der Vertraute ihrer Liebesgeschichten und Ehebrüche, und hörte, weder empört noch erschüttert, zu. Wenn ein Ehepaar sich zankte oder Freunde sich stritten, war es immer Albino, der den Friedensvermittler spielte, und die Frauen gaben nach, wenn er sie beschwor, zu vergeben und zu vergessen. Früher half er seinen Kolleginnen und schrieb die schmutzige Wäsche für sie auf, aber als er bei diesem Amt einmal in einen Unterschlupf kam, wurde Albino so schlecht behandelt, daß er unter Tränen und Schlägen erklärte, ihnen die Arbeit nie mehr abnehmen zu wollen.

Er verließ den Hof selten außer zur Karnevalszeit. Dann ließ er die Arbeit ruhen, verkleidete sich als Tänzer und amüsierte sich eine Woche lang bei lustigen Gelagen und

Festen. Für dieses große Ereignis arbeitete und sparte er. Bei der Arbeit trug er eine Schürze, die ihm rotartig um die Beine hing, aber am Feierabend und Sonntags erschien er immer in weißgestärktem Hemd und Hosen und trug ein Taschentuch um seinen mageren Hals geknotet, trank weder, noch rauchte er, und seine Hände waren immer kalt und feucht. An diesem besonderen Morgen war er müde aufgestanden als sonst, weil er eine unruhige Nacht hinter sich hatte. Die alte Isabel, seine Nachbarin, gab ihm eine Bestätigung für seinen Zustand und erzählte, daß sie ihn während der Nacht hätte wecken und ächzen hören. Sie meinte, er sei zu elend, um zu schlafen. Daher empfahl sie ihm verschiedene Mittel gegen schlechte Verdauung, und die beiden unterhielten sich nun mit Genuß über Schmerzen, Symptome und Krankheiten, was bis zum Mittag dauerte.

Inzwischen hatte Machado, Augusta, Beocadia, die Heze, Marcianna und ihre Tochter vor den anderen Wackwanen mit schriller Stimme Gespräche geführt, von denen sie heiser und erschöpft waren, denn um sich verständlich zu machen, mußte jede ein bißchen lauter schreien als die anderen. Eine Reihe ungeduldiger Wackfrauen von außerhalb wartete, daß die Kübel frei würden, und trug nach zu dem allgemeinen Stimmengewirr bei; einige saßen auf riesigen Bündeln schmutziger Wäsche, und andere waren in Unterhaltungen verstrickt, die jeden Augenblick in Häntereien auszuarten drohten.

Von den Männern gingen jetzt die letzten Nachzügler an die Arbeit. Einige begaben sich durch eine Hintertür zum Steinbruch, wo man schon das Gehämmerte der Meißel vernahm. Miranda, in blauenweißen Beinkleidern und schwarzem Rock, trat aus dem Haus, um ins Büro zu gehen, begleitet von Henrique, der zur Schule mußte. Alexandre, der Nachdienst gehabt hatte, trat feierlich durch das Tor ein und schritt, ohne nach rechts oder links zu blicken und ohne auch nur seine Frau zu begrüßen, auf seine Tür zu. Er schlief dann gewöhnlich bis zum Abend. Eine Gruppe von Straßenhändlern, Desporia, Pompeo, Francesco und Andrea, schwannten ihre Körbe auf die Schultern und machten sich, heftig gestikulierend und mit einem Strom von Italienisch an ihren täglichen Pilgergang.

Ein Knabe kam in den Hof, ging an die Kübel und fragte Machado nach einer Wacklerin namens Rita.

„Rita Bahiana? — Ja, ich kenne sie. Sie ist jetzt schon über eine Woche fort.“

Beocadia fügte hinzu, daß Rita sich zweifellos irgendwo mit Furmo amüsierte.

„Was für ein Firmo?“ fragte Augusta.

„Der langbeinige Mulatte, der immer hinter ihr her ist. Er soll Klempner sein.“

„Wohnt sie nicht mehr hier?“ fragte der Junge.

„Doch“, erwiderte Machado. „Ihre Wohnung ist abgeschlossen, aber ihre Sachen stehen noch da. Was willst du denn?“

„Sie hat noch unjere Wäsche.“

„So, ich weiß nichts davon; frag mal da drüben in dem Laden. Vielleicht wissen die was von ihr.“

„Wo?“

„Gerade vor deiner Nase, wo der Mann Fleisch verkauft. Und paß auf deinen Weg auf, kleiner Mann, sonst trittst du noch ins Wackelblau.“ Dann bemerkte sie ihren Sohn Augusto, der herbeigekürzt war, um zu erfahren, was der fremde Junge wollte, und schrie: „Bleib mir vom Leibe, du Tagedieb! Wenn du ankommst, passiert immer irgend etwas. Komm her — was ist denn los? Und warum in aller Welt bist du nicht bei der Arbeit in Herrn Mirandas Garten?“

„Bestern hat er mir gesagt, ich soll am Nachmittag kommen.“

„Ach ja, ich erinnere mich. Morgen wird er dir sicher deine zwei Milreis geben, weißt du, der Lehe des Monats ist. Lauf schnell ins Haus und laß dir von Renem die Wäsche geben, die gestern abend gebracht worden ist.“

Und als das Kind fortlief, um ihren Befehl auszuführen, schrie sie hinter ihm her: „Und sag ihr, sie soll das Essen nicht aufstellen, bevor ich komme!“

Danach wandte sich das Gespräch wieder zu Rita Bahiana.

„Die muß ja verrückt sein“, meinte Augusta. „Wie kann man nur ausscheiden, ehe man seine Wäsche abgeliefert hat. Sie wird noch alle ihre Kunden verlieren.“

„Die ist zu wild, die kann nie gezähmt werden. Es wird immer schlimmer mit ihr. Sobald ein Mannsbild kommt, läßt sie alle Arbeit stehen und liegen und läuft auf und davon. Erinnert ihr euch, was sie voriges Jahr bei der „Festa“ in Penha gemacht hat?“

„Und jetzt mit diesem Mulatten Firmo. So was Unverschämtes ist mir noch nie vorgekommen. Er kommt hier vor aller Augen mit Wein und Speisen beladen an, und dann legt er mit seiner Gitarre los, und Tag und Nacht gibt's nur noch Fest und Tanz. Standalös finde ich das.“

„Und nicht nur am Sonntag.“ (Fortsetzung folgt.)

# Brüder Sas entlassen.

Die Untersuchung ist ergebnislos verlaufen.

Die Brüder Sas sind von der Kriminalpolizei entlassen worden, weil die Untersuchung ergebnislos verlaufen ist. Ihre Festnahme erfolgte, wie bekannt, im Flur des Hauses Birkenstraße 57, nachdem sie einwandfrei von vier den Kirchhof überwachenden Beamten der Kriminalpolizei erkannt waren. Durch die plötzliche und überraschende Festnahme sehr aufgeregt, waren sie wortkarg und vermochten auch später bei der Vernehmung und Protokollierung ihr Mißverständnis für die wenigen Stunden vorher nicht zu erörtern. Der Bau des Unterstandes ist, wie wir bereits mitteilten, als eine traflöse vorbereitende Handlung anzusehen. Ob Zusammenhänge zwischen diesem Stollenbau und dem Eindringen in die Diskonto-Gesellschaft, Marktstraße, bestehen, ist selbstverständlich auch weiter Gegenstand einer eingehenden Untersuchung.

Die Höhlenbauerei der Brüder Sas erfährt in einem Teil der Berliner Zeitungen, besonders der Boulevardpresse, eine merkwürdige Behandlung. Man gibt sich nicht die geringste Mühe, die Kriminalpolizei bei der Ueberführung der Brüder Sas beschuldigt zu sein, die Polizei wird vielmehr verhöhnt und als unfähig hingestellt. Auch in den Kreisen, die sich nicht berufsmäßig mit der Aufdeckung von Verbrechen beschäftigen, sollte bekannt sein, daß Einzelgänger, wie die Sas es sind, immer sehr schwer zu überführen sind, wenn sie nicht auf frischer Tat ertappt werden. Obwohl die Kriminalbeamten in dem Lotengraberhause die Höhlenbauer einwandfrei erkannt haben, sind sie nicht bei ihrer Subdiesel überfordert worden, diese Tätigkeit muß ihnen also ebenso bewiesen werden, wie der Einbruch durch den unterirdischen Gang in die Diskontobank am Wittenbergplatz. Die Polizei hat es hier nur mit zwei gemeinsam arbeitenden Verbrechern zu tun, die eben „Dichter hielten“, als eine „Kolonne“. Ein Montagabend sollte sogar die Frage, ob nicht etwa Schulungen in die Höhle anlegten. Es dürfte für spielende Jungen nicht gerade leicht sein, sich fünfzig Quadratmeter Hohlraum (sowie beanpruchte der Fußböden zweier großer Zimmer), Grubenlampen, Spaten, Zimmer- und Einbrecherwerkzeug zu verschaffen. Uebrigens dürften Schulungen nicht gerade des Nachts ihre „Käuberhöhlen“ bauen. Als Zweck der Höhle kommt ein Einbruch in die in der Leibnizstraße befindliche Reichsbank in Betracht, wie ebenfalls von gewissen Blättern festgestellt wurde, unter keinen Umständen in Frage. Die Reichsbank ist etwa 120 bis 150 Meter von der Höhle entfernt, die Budder hätten die breite Berliner Straße und die Leibnizstraße untergraben müssen. Gerade hier hätten ihnen aber die großen Höhenanlagen der Fernheizung und der Starkstromleitung vom Elektrizitätswerk am Spreedord zur Stadtbahn hin unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Viel wahrscheinlicher scheint, daß sie es auf einen Einbruch auf das unmittelbar an der Höhle liegende Hauptpostamt abgesehen hätten.

## Automobilist überfällt Kassenboten.

Der Täter ohne Beute entkommen.

Der 70 Jahre alte Kassenbote Otto Kuche war am Montag von seiner Dienststelle, der Zentralbank am Pariser Platz 2, beurlaubt worden, von der Reichsbank in der Hagerstraße 600 W. in Kleingeld einzuwecheln zu lassen. Auf dem Rückwege unter dem Schirmbogen der Oberwallstraße angelangt, bemerkte er, wie ein Auto, eine gefüllte Limousine mit der Nummer 1 A 15 472, neben ihm an die Bordsteinkante heranfuhr und anhalt. Ein Mann von etwa 1,68 Meter Größe, der eine Autotappe trug, stieg aus und stürzte sich auf den betagten Boten, verlegte ihm mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag auf die rechte Hand, mit der der Kassenbote die umgebängte Geldtasche festhielt und verlor, ihm die Tasche zu entreißen. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen kamen Leute herbei. Der Mann mit der Autotappe sprang jetzt in den Wagen, dessen Motor noch lief und fuhr davon. Erbauer hat der Täter nichts. Im Wagen soll sich noch eine verschleierte Frau befunden haben. Wahrscheinlich haben die Anwesen den Boten bereits auf der Reichsbank beobachtet und nach dem Umfang der Tasche eine größere Summe darin vermutet. Ruffe mußte sich die Handverletzung auf der Rettungsstelle verbinden lassen. Das Kaufdegetmal und die Kriminalpolizei des 1. Reviere haben die Nachforschungen nach dem Auto und seinen Anfassern aufgenommen. Die Nummer des Autos ist zweifellos gefälscht worden, denn der bereits ermittelte Besitzer derselben hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun.

Das Auto, in dem der Räuber saß, muß ein Fiat-Wagen gewesen sein. Ein solcher mit der Nummer 1 A 49 688 wurde am Sonntag abend vor dem Hause Kaiserallee 178 gestohlen. Es ist möglich, daß an dem gestohlenen Wagen die Nummer verändert wurde. Bisher ist dieser Wagen noch nicht aufgefunden.

## Verwahrloste Jugend.

Früh übt sich, was ein Fassadenkletterer werden will.

Von der Dienststelle B. 3 der Kriminalpolizei wurde eine Gesellschaft von sieben jungen Menschen aus Neukölln, sämtlich noch minderjährig, festgenommen, auf deren Konto eine Reihe von Diebstahl- und Einbruchdelikten kommt. Einige dieser Jungen sind Lehrlinge, andere haben keine Arbeit.

An Sokalen hatten sie sich kennengelernt und sich der Führung des 18 Jahre alten Gerhard J. untergeordnet. J. drang mit einem Helferhelfer Gustav D. bei einem Bäckereimeister in der Steinwegstraße ein, als die Familie ausgegangen war. Von der Hofseite der Fassade er bis zum zweiten Stock hinauf, ging auf einem Mauersims entlang, stieg durch das Küchenfenster ein und erbeutete Schmuckstücke und 400 M. bares Geld. Der heimgekehrte Meister sah beide gerade noch verschwinden, konnte sie aber nicht mehr fassen. Auf einer anderen Diebstahlthat nahen die Jungen Kleiderwaren bei einem Schlägermeister. Diese Beute wurde jetzt in Tonnen vergraben auf einem Baugelände gefunden. Die jugendlichen Eindringler haben immer nur kleine Leute heimgeholt und in den einzelnen Fällen durchschnittlich 50 bis 100 M. und einige kleine Schmuckstücke erbeutet. Ein paar von diesen Sachen wurden bei Durchsuchungen ihrer Wohnungen noch gefunden. Das bare Geld haben die Jungen mit ihrem weiblichen Anhang verjubelt. J., der Führer, war im Besitz eines Motorrades und einer Pistole. Bei ihrer Vernehmung haben sie ein Geständnis abgelegt und werden dem Jugendgericht vorgeführt werden.

# Sozialdemokratische Schulpolitik.

Bezirkstagung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer.

Zur diesjährigen Konferenz des Bezirks Potsdam der Arbeitsgemeinschaft waren rund 150 Mitglieder erschienen, also nahezu doppelt soviel als vor einem Jahre. Der Fortschritt der Bewegung, der sich auch in diesen Zahlen kund tut, wurde von dem Abg. Wilhelm Krüger, dem Vertreter des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes für Brandenburg, rühmend anerkannt.

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Tagung stand ein Referat des Schulsrats Strauch, Brandenburg über „Sozialdemokratische Schulpolitik in der Gemeinde“. Die Voraussetzungen für eine solche Politik sind — abgesehen von der genauen Kenntnis der Schulsituation des Parteiprogramms und von der Beherrschung des Schulverwaltungsapparates — enge Verbindung zwischen allen sozialdemokratischen Schulfunktionären an einem Orte und die Sammlung und Schulung der Mitglieder in den Gruppen der K. U. Unentbehrlich ist unsere Mitarbeit beim Aufbau der Büchereien, in der Volkshochschule und bei der Ortsjugendpflege, und zwar auf dem Lande ebenso wie in der Stadt. Das Schulhaus auf dem Lande muß das Volkshaus der Gemeinde werden, muß Mittelpunkt der Unterhaltung und Belehrung für alle Ortsbewohner werden. In der Stadt kommt es in erster Linie auf die kollektive Arbeit an: Mitarbeit in den Bezirkslehreräten, gegebenenfalls Zusammengehen mit den Gruppen republikanischer Lehrer; lebhafteste Beteiligung an den Elternbeiratsmahlen, Pflege der Schulfunktionäre, Klassenleiterzusammenkünfte und dergleichen. Weiter sprach Strauch über die

### Wichtigkeit des Unterrichts.

Dem Lebenskundeunterricht muß nach Lage und Zahl der Stunden die ihm gebührende Stellung eingeräumt werden. In den Lehrbüchern darf nicht, wie bisher noch vielfach, einseitig auf stoffliche Wänsch Rücksicht genommen werden. Die beiden Kernpunkte der neuen sozialistischen Erziehung sind Arbeit und Gemeinschaft. Vermittlungsarbeit muß grundsätzlich für alle Pflichtschulen gefordert werden. Immerhin muß der Schüler zur Liebe zum Buch erzogen und für jeden Schüler der Grundstock einer eigenen Bibliothek erstarkt werden.

Schließlich äußerte sich der Referent zu den Bestrebungen, unsere zur Zeit unzulänglich gewordene Volksschulbildung auszugestalten. Nur selten wird man dieses Ziel durch einen bloßen Anschluß an die Fortbildungs- und Fachschulen erreichen, auch kann durch den bloßen Uebergang auf die höheren Schulen mit ihrer Ueberschätzung fremd-

sprachlichen Wissens; bereiten doch die höheren Schulen heute längst nicht mehr ausschließlich die Führer des Volkes vor. Besonders günstig erscheint in dieser Hinsicht ein dreijähriger Aufbau mit nur einer Fremdsprache nach siebenjähriger Grundschule.

In der sich anschließenden ausführlichen Aussprache wies Landtagsabgeordneter König darauf hin, daß vor dem

### endgültigen Ausbau der Volksschule

nach einige Fragen zu klären seien, besonders die der Lehrerfortbildung. Wir fordern, daß die Lehrer für die aufgebauten Klassen nicht so sehr nach ihrer Volksschulbildung, sondern in erster Linie nach Reifung und Befähigung ausgewählt werden. Ferner ist eine Vereinfachung und Konzentration des höheren Schulwesens nötig. Wirtschaftliche Notlage wird viele Gemeinden zwingen, die höheren Schulen in weitem Umfange in Volksschulen (ab Untertertia) umzuwandeln, die sich an eine sechs- bis siebenjährige Grundschule anschließen. — Richtungsgebend für die Schulpolitik der Gemeinden ist naturgemäß die preussische Kulturlpolitik, die entsprechend den politischen Verhältnissen nur eine Kompromisspolitik sein kann. Auch das kommende, unbedingt notwendige Reichsschulgesetz wird ein Kompromißgesetz sein, bei dem es wieder darauf ankommen wird, möglichst viele unserer Forderungen zu verwirklichen. Gerade in Schulfragen ist die Bevölkerung den Agitationspropaganden der Gegner besonders zugänglich. Wiederholt fand im Laufe der Aussprache auch die starke

### Beurteilung der sozialistischen Lehrerarbeit

über die Personalpolitik der Regierung lebhaften Ausdruck. Infolge der beherrschenden Stelle des Zentrums in Kulturfragen werden die Interessen der Lehrerschaft in der Kompromisspolitik des Ministers sehr stark vernachlässigt.

Dr. Müller-Potsdam griff die Subventionen des Unterrichtsministeriums für private höhere Lehranstalten (großenteils sogen. Zwerghochschulen) an. Man solle diese Gelder lieber zum Ausbau der Volksschule verwenden.

Abg. König zeigte, daß in allen diesen Fragen um jeden kleinen Schritt vorwärts im Ministerium schwer gekämpft werden müsse, und daß es vor allem darauf ankomme, einen leistungsfähigen Nachwuchs für unsere Bewegung heranzuziehen.

# Die Zeugen marschieren auf.

Beginn der Beweisaufnahme im Tschermongzenprozeß.

Endlich konnte im Tschermongzenprozeß der Zeugenaufmarsch beginnen, und da zeigte sich sofort, wiewohl ein Fehler es war, die Angeklagten Schneider und Kipping aus diesem Prozeß auszuschalten. Die von der Staatsanwaltschaft geladenen Kriminalbeamten mußten zurückgestellt werden, da sie über Tschermongzen ausfragen sollten, die sich auf die Angeklagten Schneider und Kipping beziehen, gleichzeitig aber auch für die Ueberführung Sada-Hieraschwillis in Bezug auf seine Teilnahme an den Münchener Fälschungen und für die Ueberführung Dr. Webers von großer Bedeutung sein könnte. Die Abwesenheit der Angeklagten Schneider und Kipping wird sich während der Verhandlungen noch mehr als einmal fühlbar machen.

Vor Eintritt in die Zeugenvernehmung verlangte Oberstaatsanwalt Lehmann darüber Auskunft, ob Robel tatsächlich Mittel zur Finanzierung der georgischen Freiheitsbewegung gegeben habe. Sowohl Sada-Hieraschwillis wie auch Karunidge erklärten, daß sie nicht diese Verhandlungen geführt hätten, sondern die Unterhändler in London und im Haag, daß sie aber ein Mißerfolg gemessen wären und keine Mittel von Robel gegeben worden wären. Hierauf erfolgte der Aufruf der ersten Zeugen, der Photographen, an die sich der Angeklagte Böhle zwecks

### Photographierung der Tschermongzennoten

gewandt hatte. Der erste Zeuge, der Photograph Hans Böhr aus München, erklärte, daß Böhle eines Tages in Begleitung eines anderen Herrn, des Angeklagten Sada-Hieraschwillis, zu ihm gekommen sei und gefragt habe, ob er eine Karte photographieren könne, besonders das Wasserzeichen. Er habe aber erklärt, daß das nicht ginge. Gedanken darüber, ob es sich um ein Wertpapier oder um eine russische Banknote gehandelt habe, hat sich der Zeuge nicht gemacht. Der Photograph Teilmann hat ebenfalls mit Böhle verhandelt. Er ist sich nicht darüber klar geworden, was eigentlich photographiert werden sollte, will aber den Tschermongzennoten für eine Banknote gehalten haben. Der Zeuge Masas, der Sohn des Buchdruckers aus Frankfurt a. M., in dessen Buchdruckerei

die Angeklagten die Tschermongzen drucken lassen wollten, erklärte, daß aus der Benutzung der Druckerei nichts gemorden sei, weil Böhle mit eigenem Personal arbeiten wollte. Ihm sei gesagt worden, daß Druckschriften gegen den Bolschewismus hergestellt werden sollten. Der Volkseinspektor Joseph Deuringer, München, gab einen Ueberblick über die Ermittlungen gegen die Tschermongzenfälscher. Von Dr. Weber anbetreffend, so habe man gemerkt, daß er im anti-bolschewistischen, also im nationalen Interesse Deutschlands arbeite und sich für die georgische Bewegung interessiere. Die Bearbeitung der politischen Seite der Sache wurde der Politischen Polizei München übertragen.

Hierauf wurde Papierfabrikant und Hauptmann a. D. Bedenk, München, bei dem von Karunidge und Sada-Hieraschwillis für die angebliche „Banque Turco-Perse“ das Wasserzeichenpapier für die Tschermongzen bestellt worden war, vernommen. Er schilderte, daß sich eines Tages ein ihm befreundeter Kaufmann namens Heuß an ihn gewandt habe mit dem Auftrage

### Wasserzeichenpapier

nach einer Probe für die türkisch-persische Bank zu liefern. Er habe geglaubt, daß es sich um Papier für Aktien oder Wertpapiere handele und habe aus Vorsicht eine Befragung von dieser Bank über die Bestellung verlangt. Die angeklagten Georgier hätten dann auch auf eigene Faust diesem Zweck hergestellten Wertpapier die Befragung befragt. Seine Bedenken, die er insäde der ein Jahr vorher passierten Frankfurter Fälschungssache hatte, seien dann auch durch die Tatsache zerstreut worden, daß sofort 10 000 Mark Anzahlung geleistet wurden. Die erste Lieferung des Papiers sei von einem Dienstmann abgeholt worden, anschließend aber einem Beauftragten der Tschermongzenfälscher, denn die Münchener Dienstleute hätten sämtlich bestritten, das Papier abgeholt zu haben. Der Zeuge schilderte dann weiter, daß Baron Steinheil, der als Mitbesteller aufgetreten sei, weitere Lieferungen in Empfang genommen habe. Die Tatsache, daß „Scharj Bey“, der das Bestätigungsschreiben der Bank unterzeichnet habe, mit Karunidge identisch sei, habe er erst vom Untersuchungsrichter erfahren.

Die Verhandlung wurde sodann auf Dienstag vormittag vertagt, wo die Zeugenvernehmungen fortgesetzt werden.

## Ein neuer Fall von Papageienkrankheit.

In Berlin ist in den letzten 24 Stunden ein neuer Fall von Papageienkrankheit einwandfrei festgestellt worden, und zwar handelt es sich um ein Kind, das in Neukölln in demselben Hause wie die dort bereits vor einiger Zeit an Pstakofis erkrankten beiden Familien wohnt und mit deren Mitgliedern häufig in Berührung gekommen war. Das Kind wurde der Krankenabteilung des Kaiserhauses Rummelsburg überwiesen.

Inzwischen wird von den zuständigen Behörden mit allem Nachdruck an der Entdeckung von Isolierung der von Pstakofis befallenen Vögel gearbeitet, insbesondere, als festgestellt worden ist, daß ein sehr großer Teil des am 13. November von Südamerika in Hamburg angekommenen, mit Pstakofis stark verseuchten Papageientransports nach Berlin weiter gegangen ist. Seit einigen Tagen ist eine vierköpfige Kommission aller Berliner Tierärzte durch beamtete Veterinärärzte im Gange und eine ganze Anzahl von Vögeln ist zur Beobachtung der tierärztlichen Hochschule überwiesen worden.

Aus Frankfurt a. M. und Glauchau werden je ein Todesfall, aus Waldenburg in Schlesien fünf Erkrankungsfälle, die auf die Papageienkrankheit zurückgeführt werden, gemeldet. Der Reichsminister des Innern hat bereits vor einigen Tagen den Landesregierungen empfohlen, ein göttlich begünstigtes Einfuhrverbot für Papageien und Stittche zu erlassen.

# Funkwinkel.

Eine neue Vortragsreihe soll sich mit Kunst- und Lebensfragen auseinandersetzen. Als erster spricht Dr. Hermann Keller über den Expressionismus, der sich heute seiner großen Berücksichtigung mehr erfreut. Es geht fast so aus, als ob sich die Gegenwart ihrer Lähme lähme. Keller betont am Expressionismus nicht das Explosive, Gefühlhafte, sondern die Richtung auf das Zeitgemäße, den Wunsch, aktiv an der Gestaltung der politischen und kulturellen Gegenwart mitzuwirken. Er nennt Namen wie Kubiner und Helmrich Mann, die er als die eigentlichen Schöpfer des deutschen kulturpolitischen Offens ansieht. Von hier aus führen Brücken zur Moderne, die völlig von diesem Geist beherrscht wird. Jeder findet schließlich in einem Kunst- und Kulturkomplex das, was ihm als besonderes Merkmal charakteristisch erscheint. Vielleicht hätte ein anderer als Hermann Keller den Hauptplatz auf die Auffassung der Form oder auf das ertastete Gefühl gelegt. Jedenfalls bestehen Kellers Ideen durch Klarheit und konsequente Durchführung. — Abends wird aus der Singakademie ein Sinfonie-Konzert übertragen, das die Funktion der unter Leitung des General Dirigenten Ernest Ansermet veranstaltet. Es ist begrüßenswert, daß endlich mit den Gastspielen auswärtiger Dirigenten und Sänger in Berliner Rundfunk Ernst gemacht wird. Ansermet stellt ein Programm zusammen, das in seiner ersten Hälfte klassische und darauf moderne Kompositionen bringt. Der Dirigent von etwas kühler Reiferheit erscheint als Künstler von hoher musikalischer Kultur, der Wert auf geschlossene Form legt und weniger auf starken, erregenden Ausdruck. F. Sch.

Die Generalversammlung des Reichsausschusses des Nationalsozialistischen Kampfes am 14. Januar d. J., abends 8 Uhr, in den Räumen des Reichsausschusses, Berlin, Charlottenstraße 61, Post.

# Zür den Deutschen Osten!

Eine Rundgebung der heimattreuen Ostverbände.

Unter den Zelchen der deutschen Republik und des freistaates Preußen gedachten am Sonntag in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Reiches, des Landes und der kommunalen Behörden die Vereinigten Verbände heimattreuer Ost- und Westpreußen der Landeskunde, die durch den Friedensvertrag von Versailles und seine Folgen vom deutschen Mutterlande getrennt sind.

Beethovens „Symphonie“ Op. 95 leitete die Feier im Großen Saale des Wintergartens ein. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzungsleiters aus den entscheidenden Jahren 1920/21, Graf Baudissin, die in einem Bekenntnis aller Deutschen dieses und jenseits der Grenzen zum Deutschstum gipfelten, sprach der demokratische Abgeordnete Kiedel. Die Frage des deutschen Ostens, so führte er aus, ist keine Frage der einzelnen Parteien; sie steht jedem Deutschen zu hoch, als daß sie zu einem Gegenstand parteipolitischer Ausnutzung werden könnte. Die Grenzen, die im deutschen Osten gezogen wurden, sind nicht allein ungerecht und unbillig, sie sind in hohem Maße papieren und unvernünftig; sie widersprechen dem wirtschaftlichen Wohl der Bevölkerung. Die Unvernunft des Korridors ist jedem Einsichtigen klar begreiflich. Es wird die Stunde kommen müssen, in der die Welt einseht, daß stärker als diplomatischer Rateneinwurf und die Kritik von Friedensverträgen, die am grünen Tisch festgelegt wurden, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Menschen gleichen Stammes und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind. Die Treue der Deutschen jenseits der Grenzen, ihre Liebe zur alten Heimat ist unbestreitbar. Aus dieser Treue heraus ist es unumgänglich, daß die deutsche Kultur im Osten untergeht. Es ist erfreulich, daß sich die Regierungen des Reiches und Preußens mit besonderer Sorge der Probleme des deutschen Ostens annehmen. Gemeinsame Arbeit von Regierung und Volk wird die Sicherheit dafür geben, daß zwischen den Deutschen innerhalb und außerhalb des Reiches das Band der Zusammengehörigkeit unzerstörbar bleibt.

Der vierte Satz aus Beethovens V. Sinfonie erklang. Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes schloß die Rundgebung.

## Raubüberfall auf eine Stadtsparkasse.

Einer der gefassten Räuber tötet sich selbst.

Reuthen, 13. Januar.

Heute abend gegen 8 Uhr bestaunten fünf junge Leute den Auffenraum der Stadtsparkasse in Reuthen und zwangen die beiden anwesenden Beamten mit vorgeschalteten Revolvern, sich auf den Boden zu legen. Die Diebstahler nahmen von einem Kassenschieber einen Betrag von etwa 2000 M. an sich. Einen größeren Geldbetrag, der auf einem Nebenisch lag, übersehen sie in der Eile. Sodann ergriffen die Räuber die Flucht. Stadtspektator Juchs nahm jedoch sofort die Verfolgung auf und in kürzester Zeit war auch Schnupspolizei und Kriminalbeamte zur Stelle. Einer der Räuber konnte von zwei Beamten gefasst werden. Als er erkannte, daß ein Entkommen unmöglich war, richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß. Zwei andere Täter wurden in einem Hauseingang gefasst und warfen ihre Waffen weg, als sie sahen, daß die Beamten schußbereit waren. Die zwei Räuber, die wahrscheinlich das geraubte Geld bei sich haben, sind noch flüchtig, doch sind ihre Persönlichkeiten bekannt.

## Gestaltende Kräfte in der Natur.

Das große Kästgestalten, das Ringen der Urganen der Natur bis zur Ausbildung der heutigen Landschaftsformation war der Inhalt eines Vortrages, den Prof. Dr. Salger im Rahmen einer von der Berliner Kommission für Naturschutzpflege veranstalteten Vortragsreihe im Stadthaus hielt. Der Redner beschränkte es als wirksamsten Naturstudium, nicht in das langsame Warten der Natur durch Menschenhand groß einzuwirken. Gerade die letzten 50 Jahre lassen in der Berliner Umgebung erkennen, welche gewaltigen Eingriffe der Mensch hier unternommen hat. Es muß aber unterschieden werden, zwischen wirtschaftsbedingten Eingriffen und solchen aus spekulativen und oftmals sehr fragwürdigen Motiven. Zur ersteren Gattung, bei der der Naturschutz nicht mitsprechen darf, rechnete Prof. Salger das Spreizen von Spandau, vom Spandauer See gesehen. In nordöstlichen Richtungen

konnte man hier feststellen, wie der ursprüngliche Spandauer See durch Regulierung und vor der Durchführung der Stadtbahn und der Hamburger Fernbahn ein anderes Gesicht hatte, das sich in zahlreichen Bindungen im Wiesengraben hinzieht. Spandau war vor dieser Neuerung eine gefährliche Brutstätte für Wechselfiebergewässer, das erst verschwand, als mit der Regulierung der Spree das große Sumpfgelände trocken gelegt wurde. Die Flüsse als natürliche Verkehrswege müssen sich mehr oder weniger immer eine solche Korrektur gefallen lassen. Einwand anderes ist es bei den Seen, sie dürften unter keinen Umständen in ihren Uferformen verunstaltet werden. Gerade die mächtigen Flußtäler und Seendüden geben dort, wo sie von Menschenhand unberührt blieben, ein Bild von den letzten vorgeschichtlichen Vorgängen, wie man sie in Deutschland nur noch selten findet. Prof. Salger zeigte dann weiter das Entstehen von Küstendünen, Meeresschwümmen der Mesozänzeit, die Verlandung oder das Austrocknen der Seen und zuletzt die gewaltige und gewalttätige Kraft unserer großen Flüsse Elbe und Oder, wo der Mensch dauernd bemüht sein muß, die Gewalt der Natur im Zaume zu halten. Ganz entgegengesetzt wendete er sich gegen das wieder einmal aufgegriffene Projekt, den Grunewaldsee mit dem Schloßsee durch eine Kanalarne zu verbinden. Was den Wassersportlern ein Vergnügen bereiten würde, raubt auf der anderen Seite vielen Menschen die Freude an einer bisher geschützten und erhaltenen Natur.

## Allgemeine Wetterlage.



Die Sturmdepression, die am Sonntag westlich von Irland lag, ist sehr schnell nach Osten gezogen. Sie liegt am Montag abend über der südlichen Ostsee. Ihre größte Intensität erreichte sie am Sonntag abend über Ostengland. Sie brachte dem größten Teile Mittel- und Westeuropas starke, zum Teil stürmische Westwinde. Die auf ihrer Südseite stehenden feuchten ozeanischen Luftmassen brachten Deutschland stellenweise erhebliche Regenfälle. In den westlichen Gebirgen fielen beträchtliche Mengen Neuschnee. Die Auflockerung auf der Rückseite der Depression dürfte nur vorübergehend sein, da eine neue Störung über England zu erkennen ist. Infolgedessen wird auch am Dienstag die Zufuhr milder ozeanischer Luftmassen anhalten. Ein Temperaturrückgang ist erst am Mittwoch wahrscheinlich.

Wetteraussichten für Berlin und weitere Umgebung. Weiterhin unbeständig mit Neigung zu leichten Regenschauern, mild.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Norden noch veränderlich mit neuen von West nach Ost fortziehenden Regenschauern. Im Süden teils wolfig, teils heiter und größtenteils trocken. Tagsüber allgemein mild.

## Schwere Explosion in Dresden.

Ein Arbeiter getötet, zwei weitere erheblich verletzt.

Dresden, 13. Januar.

In einem Gebäude der sächsischen Kuchelengasse, auf dem Industriegelände in der Königsbrüder Straße, ereignete sich heute gegen 15 Uhr eine heftige Explosion, durch die ein in der Nähe beschäftigter Arbeiter des Werkes getötet und zwei weitere schwer verletzt wurden. Das freistehende Gebäude, das als Füllstation für Kuchelengüssen diente, wurde völlig zerstört.

## Wie kommen wir zur billigen Volkswohnung?

Die Baugesellschaft Stadt und Land, von dem Genossen Schadowitz geleitet und von dem Architekten Jakob's Goettel künstlerisch beraten, nahm am Sonntag Gelegenheit, den Friedrichsfelder Parzellensituationen ihre Neubauten zu zeigen.

Besichtigt wurden in Friedrichsfelde die „Sonnenhof“, „Umsenhof“ und „Erlenhof“ genannten Wohnblöcke mit rund 800 1½-, 2- und 2½-Zimmer-Wohnungen und in Johannisthal ein Wohnblock am Bahnhof Niederhöhnstraße-Johannisthal mit 700 2- und 1½-Zimmer-Wohnungen. Der bereits zwei Jahre bestehende Sonnenhof mit 1½-Zimmer-Wohnungen die 1928 noch zu einer Monatsmiete von etwa 40 Mark abgegeben werden konnten, ist mit seinem schönen Kinderheim bekannt. In dem nahe gelegenen Umsenhof und Erlenhof hat die neuartige reizvolle Gestaltung der Höfe auf, die mit kleinen Bäumen sich in ein paar Jahren zu prächtigen Hofparks entwickeln werden. Die scheinbare Romantik dient aber in Wahrheit wirtschaftlichen Zwecken. Reine Rosenkäthen fördern zu ihrer Erhaltung und Pflege bedeutende Mittel. Ein weisses Gelände mindert auch den Schall, der beim Teppichklappen und wenn die Kinder spielen unvernünftig ist aber doch auch recht lästig werden kann. Ebenso lebenswert wie diese Anwesenheit ist eine neue für etwa 500 Haushalte berechnete Zentralwaschküche, deren Befichtigung empfohlen werden kann. Einweichtische, elektrische Wasch- und Bringmaschinen, Kulliszentrenstränge, die die Wäsche, ohne sie gefe zu machen, in etwa 25 Minuten trocknen, elektrische Röhre, alles ist vorhanden. Die Hausfrau kann, wenn sie am Abend vorher eingeweicht hat, und wenn sie früh um 8 Uhr mit dem Waschen beginnt, ihre gesamte Wäsche am Nachmittag desselben Tages gegen 4 Uhr fertig in den Schrank legen. In einem kleinen Vortrag legte dann Genosse Schadowitz seine Grundgedanken über den Bau von Kleinwohnungen dar. Die Leute, die für eine Wohnung monatlich höchstens 40 Mark zahlen können, können nach immer keine Wohnung bekommen. Die unerträgliche Wohnungsnotlage ist aber nicht so sehr auf Lohnerschütterungen zurückzuführen als auf die fortgeschrittene Verschlechterung der Finanzierung. Wenn der Bauherr 100 000 Mark Baugeld haben will, bekommt er Hypothekensplandbriefe, auf die er, wenn er sie verkauft, nur 85 000 Mark bares Geld erhält. Auch die hohen Zinsen tragen zur Verteuerung der Neubauten bei. Es bleiben also zur Zeit nur zwei Möglichkeiten übrig. Entweder werden weniger Wohnungen gebaut, oder aber die Wohnungen müssen kleiner werden: 1½ und sogar 1 Zimmer, natürlich mit Küche, Bad und WC. Die neue moderne Bauart würde doch immerhin bewirken, daß Tausende von Familien, die heute in unzumutbaren Wohnverhältnissen schwersten körperlichen und seelischen Schaden leiden, endlich eine wenn auch sehr beschränkte so doch eigene Wohnung haben würden, die sie trotz der niedrigen Löhne und der geringeren Kaufkraft unseres Volkes zur Not noch bezahlen können. Der heftigste aufgenommenen Vortrag löste eine rege Diskussion aus.

## 437 Blatternfälle in London.

London, 13. Januar.

Die Blatternepidemie ist noch immer im Steigen begriffen. Nach offiziellen Feststellungen befinden sich nicht weniger als 437 Personen mit Blattern in Behandlung. In der Mehrzahl der Fälle ist die Erkrankung glücklicherweise nur leichter Natur.

Freibauer des Wettbewerbs. Die auf dem Boden der SPD stehenden Arbeitsgruppenleiter trafen sich mit den Funktionären ihrer Gruppe am Mittwoch, abends 7½ Uhr, bei Dauliger, Adrestr. 117. Bestimmtes Ergebnis erwartet der Bezirksverband.

# 45

## Jahre Arbeit und Erfolge

liegen heute hinter uns. Immer war es in dieser Zeit für uns als die ältesten Automobilwerke der Welt selbstverständliche Tradition, führend zu sein in der Entwicklung des Kraftfahrzeugs, nicht nur in der Erzielung höchster Qualität, sondern auch in der immer günstigeren Gestaltung des Verhältnisses zwischen Wert und Preis.

Unser Typenprogramm für das Jahr 1930 steht auf der vollen Höhe aller erprobten technischen Errungenschaften. Der wirtschaftliche geschmeidige Viersitzer Typ „Stuttgart“ von 6800.- RM. an, der sechssitzige mittelstarke Gebrauchswagen von höchster Zuverlässigkeit Typ „Mannheim“, der kraftvolle schöne Achtzylinder Typ „Nürburg“ von letztem Fahrkomfort, die Kompressormodelle als Hochleistungswagen von internationalem Format, sie alle sind das Ergebnis der umfassenden Erfahrungen aus vierundhalb Jahrzehnten, letzte Stufe technischer Entwicklung, höchster Wert zu günstigstem Preis.

Wenn Sie vor der Wahl Ihres Wagens stehen, so versäumen Sie nicht, unsere Modelle zu prüfen. Wir wollen Ihnen beweisen, daß es keine höhere Wertbezeichnung für ein Automobil geben kann als die Marke

# MERCEDES-BENZ



Daimler-Benz A.-G. Berlin-Charlottenburg 2, Salzufer 2/3. Verkaufsstellen: Unter den Linden 50/51, Fernruf Zentrum 12115 — Rudolf Caracciolo & Co., Budapest Strasse 9, Fernruf Barbarossa 5777/78, Spittelmarkt 4/7, Fernruf Merkur 570. Vertretungen: Berlin: Wertheim Automobil-Ges., Berlin W.O., Friedrich-Ebert-Str. 14, Fernruf Zentrum 5187 u. 8641/42 — A. Hirte, Industrie-Abteilung, Berlin SW. 68, Markgrafenu. 76, Fernruf Dönhoff 946 — Für Kraftfahrzeuge: „Autonav“ Auto- und Maschinen-Vertriebs G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 141, Fernruf Stohplatz 7902/03

# Börsenpapiere als Kapitalanlage.

## Die Lehren von 1929.

Das Jahr 1929 hat den Wertpapierbesitzern auf der ganzen Linie Enttäuschungen gebracht. Am schlimmsten erging es den Besitzern von Aktien, deren Börsenkurse durchweg gegen Ende des Jahres erheblich niedriger bewertet wurden als zu Beginn des Jahres.

### Wie steht es mit den Kursverlusten?

Die hierdurch erlittenen Vermögensverluste sind freilich bei der Mehrzahl der Aktienbesitzer ausschließlich rechnerische und keine tatsächlichen Verluste; denn vielfach sind die Papiere schon vor Jahren zu bedeutend niedrigeren Kursen erworben worden, so daß trotz des Kursrückganges im verflochtenen Jahre beim Verkauf noch ein Gewinn verblieb. Für diejenigen Aktienbesitzer allerdings, die ihre Papiere zu den höheren Kursen von Anfang dieses Jahres erworben haben, würde sich die derzeit niedrigere Kursbewertung im Augenblick des Verkaufs in einen echten Vermögensverlust verwandeln. Solange aber die einzelnen Effektenbesitzer an ihrem Besitz festhalten, stehen für sie die täglichen Wertveränderungen ihres Effektenvermögens, wie sie sich aus den Kurstabellen ergeben, nur auf dem Papier. Daher ist es z. B. auch falsch, durch Vergleich der End- und Anfangskurse d. J. einen Vermögensverlust der Aktienbesitzer von insgesamt 5 Milliarden Mark anzudeuten, wie dies verschiedentlich geschieht.

Man kann die verschiedenen Chancen der einzelnen Wertpapiergattungen kaum besser kennzeichnen als durch folgende Auskunft, die ein bekannter Bankier einmal einem Kunden gegeben haben soll, der ihn nach der besten Kapitalanlage gefragt hatte:

„Wollen Sie gut essen, dann kaufen Sie Aktien, wollen Sie aber gut schlafen, dann nehmen Sie „Festverzinsliche“.“

Der Sinn dieser Wort liegt darin, daß die Kursgewinnchancen (allerdings auch die Verlustmöglichkeiten) bei den Aktien bedeutend größer sind als bei den festverzinslichen Werten. Selbst wo es sich nicht um ausgesprochene Spielpapiere handelt, ist der Aktienwerb immer mit einem Risiko verbunden; denn die Rentabilität eines Aktienunternehmens ist gar mannigfachen Einflüssen unterworfen, und die Höhe der zur Verteilung gelangenden Dividende läßt sich eigentlich niemals voraussagen. Es spielen bei ihrer Festsetzung — unabhängig von dem wirklich erzielten und am Konjunkturverlauf abhängigen Gewinn und unabhängig auch vom dem Substanzwert — so viele im voraus nicht erkennbare Faktoren mit, daß eine sichere Rentabilität für den Aktienbesitzer niemals prophezeit werden kann.

Demgegenüber liegt der Hauptvorteil der festverzinslichen Werte in ihrem gleichbleibenden, durch keine Konjunkturveränderungen bedrohten Zinsertrag. Alle derartigen Papiere, wie Reichs-, Länder- und Stadtanleihen, Pfandbriefe usw. sind mit einem bei der Ausgabe ein für allemal festgelegten Zinsfuß ausgestattet, so daß der Erwerber von Anfang an sich genau ausrechnen kann, welchen Ertrag er von einer Kapitalanlage in diesen Papieren auf Jahre hinaus zu erwarten haben wird.

### Kurschwankungen gibt es freilich auch bei den festverzinslichen Papieren.

wie ein Blick auf unsere Tabelle beweist; aber die Kursveränderungen bleiben ausschließlich in den Grenzen, die durch die Veränderung des Marktzinsfußes gegeben sind. Die Kursbewegung der festverzinslichen hält sich nämlich — von ganz geringen Abweichungen abgesehen — so eng an die Bewegung des allgemeinen Zinsniveaus, daß der Zinsertrag der festverzinslichen geradezu als landesüblicher Zinsfuß selbst gilt.

Da der sogenannte Nominalzinsfuß bei diesen Papieren festliegt, muß sich der allgemeine Anspruch auf eine höhere Verzinsung bei den festverzinslichen in der Börsenbewertung ausdrücken; mit anderen Worten, der Erwerber von diesen Werten, der entsprechend dem allgemeinen gestiegenen Zinsniveau eine höhere Rente von seiner Kapitalanlage erzielen will, zahlt zum Ausgleich für die festliegende niedrigeren Nominalverzinsung einen entsprechend niedrigeren Preis. Im dem gleichen Maße, wie das allgemeine Zinsniveau des Landes steigt (weil die Kapitalnachfrage größer ist als das Kapitalangebot), steigt infolgedessen auch die Realverzinsung der festverzinslichen Wertpapiere, d. h. in demselben Maße sinkt der Preis den die Erwerber für diese mit dem alten niedrigeren Zinsfuß ausgestatteten Papiere zu zahlen gewillt sind. Hierin liegt die Ursache der in der folgenden Tabelle veranschaulichten fallenden Kurs- und steigenden Renditeentwicklung einiger hier wahllos herausgegriffener festverzinslicher Wertpapiere.

Ländereanleihen	Börsenkurs am	Rendite für den Erwerber am
6% Baden von 1927	2.1.29 30,00	10.1.29 11,29
6% Bayern von 1917	79,50	74,75
6% Sachsen von 1927	79,75	77,75
7% Berlin von 1926	79,00	73,80
7% Pfandbriefe	85,00	82,50
8% Berl. Hyp. Goldpf.-briefe, Serie 5, 6	97,00	93,00
8% Bismarck-Hann. Goldpfandbriefe Serie 27	97,00	93,00
7% Meining. Hyp. Pfandbriefe, Em. 11	88,25	83,75
8% Pr. Zentr. Pfandbriefe Serie 27	98,00	94,00
7% Rhein-Westf. Boden-Goldpfbr., Serie 7, 9	87,00	83,00

Die Kursverflechtung und dementsprechend die Renditesteigerung ist bei allen Papieren der Tabelle ziemlich gleichmäßig. Die geringen Abweichungen erklären sich nicht nur aus einer verschiedenen Wertanschätzung durch das laufende Publikum, sondern auch aus der Tatsache, daß die Kurse, die diese Papiere ausgeben, im Interesse ihres Kreditors den Kurs ihrer Emissionen so viel wie möglich regulieren. Wenn besonders starkes Angebot den Kurs zu drücken droht, treten diese Realinstitute nach Maßgabe ihrer verfügbaren Mittel als Käufer auf, um dann später bei besserer Gelegenheit die so übernommene Ware wieder ins Publikum abzusetzen. Auf diese Weise werden alle zu starke Kurschwankungen vermieden, ohne daß jedoch dadurch die der allgemeinen Zinsentwicklung nachstrebende Kursentwicklung im ganzen durch eine solche Kurspflege aufgehalten werden sollte oder könnte.

Immerhin läßt die sorgfältige Kurspflege der meisten Hypothekendarlehen gerade den Ankauf von Pfandbriefen als Kapitalanlage sehr reizvoll erscheinen. Im übrigen fehlt es hier nicht fast jede große Hypothekendarlei kann mit allen Zinstoppn, vom 5- bis 10prozentigen Pfandbrief auszuweichen. Heute haben die Bodenrentalinstiute, die Pfandbriefe ausgeben, um Geld für Hypothekengewährung freizubekommen, sich durchweg auf 8 Proz. festgelegt. Die höher oder niedriger verzinslichen Pfandbriefe kommen alle aus

früheren Emissionen, die bereits im Publikum untergebracht waren und nun den Besitzer wechseln.

### Beim Ankauf von Pfandbriefen

ist nun außer der selbstverständlichen Ueberlegung, was sie kosten und welchen Ertrag sie abwerfen, besonders auf die Rückzahlungzeit, das ist die Laufzeit der Pfandbriefe, zu achten. Bei den Börsenkurszetteln einmal daraufhin anzufragen, welche Kurse für verschiedene Pfandbrieftypen gezahlt werden, der wird staunend feststellen, daß z. B. die Kurse von 8prozentigen Pfandbriefen von ein- und derselben Hypothekendarlei nicht unerheblich voneinander abweichen, obwohl doch die Verzinsung und die Sicherheit der Papiere durchaus die gleiche ist.

Die Kursdifferenz erklärt sich folgendermaßen: Pfandbriefe werden in der Regel auf 5 Jahre unkündbar ausgegeben. Nach Ablauf dieser Unkündbarkeitsfrist wird jährlich ein Teilbetrag der betreffenden Emissionen getilgt, wobei dessen Höhe nicht festzusetzen braucht. Von außerordentlichen, in den Zulassungspapieren besonders angeführten Sonderfällen abgesehen, kann man also mit dem sicheren Besitz der Pfandbriefe innerhalb der Unkündbarkeitsfrist rechnen. Bei 10prozentigen Pfandbriefen muß ein längerer Besitz natürlich sehr verlockend sein, dagegen bei den niedrigeren nicht.

# Ungenügende Kreditverbilligung.

## Will die Reichsbank die Verbindung mit dem Geldmarkt wieder verlieren?

Wir brachten bereits die Meldung, daß die Reichsbank gestern ihren Diskontsatz von 7 auf 6 1/2 Proz. erniedrigt hat. Die Berliner Stempelvereinsung, das heißt die Großbanken und großen Privatbanken haben ihre eigenen Zinsläufe bereits entsprechend erniedrigt. Inzwischen ist auch die Begründung veröffentlicht worden, die Vizepräsident Dr. Drege in Vertretung des abwesenden Präsidenten Dr. Schacht vor dem Zentralausschuß für die Diskontermäßigung gegeben hat.

Wichtig sind darin die Hinweise, warum die Reichsbank so spät ihren Diskont erniedrigt. Es heißt: „Trotz fortwährender Erleichterung an den internationalen Geldmärkten liegen die besonderen Verhältnisse des deutschen Kreditmarktes, namentlich der zum Jahresabschluss zu erwartende Mehrbedarf und die fortschreitende Ueberbeanspruchung des Marktes durch die öffentliche Hand eine weitere Senkung des Diskonts (über die 1/2 Proz. vom 2. November 1929 hinaus, D. Red.) zunächst nicht zu.“ Hier werden also für die Verzögerung der Kreditverbilligung politische Gründe angeführt, wobei zu beachten ist, daß die Erschwerung der finanziellen Lage durch die Reichsbank — Verbindung der Diskontanleihen — erst herbeigeführt worden ist. Schon Anfang Dezember war ganz zweifellos eine Kreditverbilligung möglich gewesen. Die Reichsbank muß selber feststellen, daß das allgemeine Zinsniveau in anderen wichtigen Ländern, das bekanntlich schon seit November absinkt, auch im neuen Jahre weiter sinkende Tendenz hat. Die Lage auf den ausländischen Märkten hätte schon im Dezember ebenfalls die Diskontermäßigung gestattet. Wenn als dritter Grund für die jetzige Kreditverbilligung auf die schon kämpfende deutsche Wirtschaft hingewiesen wird, so war auch dieser dritte Grund bereits im Dezember gegeben. Der Schluss ist deshalb berechtigt, daß die jetzige Kreditverbilligung aus politischen Gründen verzögert worden ist.

Aber die Ermäßigung kommt nicht nur zu spät, und zwar schuldhafterweise, sondern sie ist auch zu gering. Ohne weiteres

demnach müßte also ein 10prozentiger Pfandbrief am ausfallsreichsten sein; das wäre auch der Fall, wenn er nicht mehr kosten würde, als man später zurückbekommt. Der heute infolge des Ueberpari-Kurses (über 100 Proz.) zu zahlende Ueberpreis kann nur dann in Kauf genommen werden, wenn man ihn auf möglichst viele Jahre verteilen kann. Da aber die meisten 10prozentigen Pfandbriefe 1930 bzw. 1932 zurückgezahlt werden können, so reicht die Zeit nicht aus, um den Mehrpreis auszugleichen. Ähnliches gilt auch für die 8prozentigen Pfandbriefe, bei denen die Gesamttilgung ab 1930 gestattet ist. Beide Typen scheinen sich also zu einer Anlage auf ganz lange Sicht nicht zu eignen.

Der 8prozentige Pfandbrief bietet in dieser Beziehung bessere Chancen. Der größte Teil dieses Zinstops ist bis 1934 unkündbar; natürlich gibt es auch hier Pfandbriefserien, die schon früher kündbar sind, doch werden sie aber mit Recht geringer bewertet, weil der relativ hohe Zinsgenuss eben nur für eine kürzere Zeit garantiert ist.

### Der achtprozentige Pfandbrief wird heute mit Vorliebe gekauft.

weil man sich dabei von der Ueberlegung lösen läßt, daß bei diesem Papier eine Tilgung nach Ablauf der Frist über das Pfandmäßige hinaus kaum vorkommen wird; denn der weitaus größte Teil der Hypotheken ist in 8prozentigen Pfandbriefen ausgegeben, und es erscheint ganz ausgeschlossen, daß er in absehbarer Zeit über den Normalfuß hinaus zurückgezahlt werden kann. Die 5- bis 7prozentigen Pfandbriefe reizen zur Anlage durch den bei ihnen zu erwartenden Tilgungsgewinn. Auch hier kommt eine übernormale Tilgung später nicht in Frage, denn jeder Hypothekenschuldner wird froh sein, billige Hypotheken zu besitzen. Je länger also die Laufzeit ist, desto besser für ihn.

hätte der Diskont um ein ganzes Prozent gesenkt werden können, nachdem die Deckungsverhältnisse der Reichsbank außerordentlich günstig sind und die Zinspause gegenüber ausländischen Diskontsätzen auch bei 6 Proz. noch ausreichend wäre. Das tägliche Geldlohn in Berlin heute 5 bis 5 1/2 Proz., die Sätze für längerfristige Monatsgeld liegen schon bei 7 1/2 Proz., die Nachfrage nach Wirtschaftskrediten ist außerordentlich gering und ausländische Gelder strömen in Massen nach Deutschland, um die große Zinspause zum eigenen Vorteil auszunutzen. Eine weitere Senkung wäre auch nötig, um den Pfandbriefabsatz, von dem der Baumarkt abhängt, zu fördern.

Die Sicherheit kann angenommen werden, daß die Reichsbank nicht aus freien Stücken zwei Tage nach der Absicht von Dr. Schacht überreichend den Diskont erniedrigt hat. Höchstwahrscheinlich ist es so, daß der Reichsbank jetzt überhaupt keine Wünsche mehr zustehen, daß Privatdiskonten und Reichsbankdiskont immer mehr abfließen, und daß der Reichsbank für die Anlage ihrer Gelder kaum mehr eine rentable Gelegenheit bleibt. Wenn so auch bald eine neue Diskontermäßigung zu erwarten ist, so wird die Reichsbank, das ist jetzt schon voraussagen, doch hinter der Entwicklung auf dem Geldmarkt wieder herlaufen müssen. Freilich ist das ja bei Herrn Dr. Schacht, der in seinem Bereich fast immer verliert und in der Politik wahrlich nichts nützt, weiter nicht überredend.

Die Wirtschaft wird diese Diskontermäßigung auch dann begrüßen, wenn sie nur ein halbes Prozent beträgt. Da sie aber unzureichend ist und alle Welt auf eine weitere Senkung wartet, bringt die ungenügende Senkung nur Unruhe. Die Hoffnung auf noch billigere Kredite läßt eine Hinausschiebung der Kreditnachfrage erwarten, und damit wird der Kredit wieder zerstört, den eine Kreditverbilligung in der Regel für die Aufhebung der Wirtschaft bedeutet.

# Europäischer Autoblock.

## Die Zollwünsche der deutschen Autoindustrie.

Ueber die schon seit Jahren anhaltenden Verhandlungen zwischen den Automobilfabrikanten der einzelnen europäischen Länder wurden gestern vom Reichsverband der deutschen Automobilindustrie nähere Angaben gemacht. So sind gemeinsame Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Konkurrenzfähigkeit gegenüber der nordamerikanischen Konkurrenz zwischen Deutschland, Italien, Belgien, Frankreich, Desterreich und der Tschechoslowakei vereinbart worden. Es liegt diesen Vereinbarungen der an sich ganz gesunde Gedanke einer europäischen Automobilzollunion zugrunde. Allerdings sind diesem Plan von der deutschen Automobilindustrie Vorschläge eingefügt, welche die gesunde Linie des Ganzen verzerren.

Nach dem Plan des Reichsverbandes soll jedes Land ein bestimmtes Kontingent an Automobilen und Automobilteilen zu dem niedrigsten Zollfuß (75 R. pro 100 Kilogramm) nach Deutschland einführen dürfen. Die über das Kontingent hinausgehenden Mengen sollen aber mit einem zu erhöhenden (autonomen) Zollfuß (200 R. pro 100 Kilogramm) verzollt werden. Dieser Satz entspreche den Zöllen in Frankreich, Italien und Desterreich. Das höchste Kontingent, das Deutschland einem Land bewillige, könne auf Grund der Selbstbegünstigung allen anderen Ländern zugute, mit denen wir Handelsverträge haben, auf Grund des deutsch-amerikanischen Vertrags von 1923 auch den Vereinigten Staaten. Hinsichtlich der amerikanischen Einfuhr legt der Reichsverband nun dar, daß Amerika kein Kontingent ausnützen könne, was den anderen Ländern kaum gelingen würde.

In seinen Darlegungen wendet sich der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie u. a. auch gegen die Befürchtung, daß durch die geplanten Maßnahmen die Inlandspreise für Automobile steigen könnten. Das wird bestritten, dazu sei der Konkurrenzkampf auf dem kleinen innerdeutschen Markt viel zu groß. Mit der Rationalisierung allein könne man auch die Preise nicht senken. Sie müsse durch Marktöffnung ergänzt werden. Wenn damit zu rechnen sei, wäre die Frage eines Zollunionsplanes in der deutschen Automobilindustrie wertlos. Für diesen Fall habe die deutsche Automobilindustrie merkwürdige Zusicherungen aller ihrer Wirtschaftlich er hinsichtlich einer tat- und kapitalkräftigen Förderung dieser Maßnahmen.

Schon oft genug hat die Automobilindustrie ihre Zollforderungen mit Nachdruck vorgebracht. Wie haben uns, zuerst anlässlich der Zolldebatte im Dezember, gegen diese Forderungen gewandt, die zu einer Aufrechterhaltung der Zerstückelung und zu einer Trägheit gegenüber einer ungehinderten Ueberzeugung führen. Die Automobilindustrie bestreitet dies, aber es liegen genügend Tatsachen dieser Art vor.

Ohne die schwierigen Verhältnisse, unter denen der Automobilbau in Deutschland arbeitet, zu verkennen, muß man doch sagen, daß von dem höchsten der Zollschranken die Wirtschaftlichkeit im Automobilbau nicht zu erwarten ist, und daß der Standpunkt der Autofabrikanten und ihrer Intellektuellen, eine gründliche Rationalisierung erst nach Durchführung der Zolländerung vorzunehmen, als eine grundsätzliche Einstellung zu dem Problem der Umstellung angesehen werden muß.

## Ferngas Niederschlesien.

Der Aufsichtsrat der Ferngas Niederschlesien A.-G. hat jetzt endgültig die Ueberführung für die Ferngasleitung Waldenburg-Hirschberg festgelegt. Sie führt vom Julius-Schacht in Waldenburg über Reibitz, an den Waldheimschichten vorbei am Hochwald herum über Rothenbach-Schwarzwalde-Bandeschut-Schmeldeberger See-Steinbrunn nach Warmbrunn. Die Vergebung der Arbeiten soll demnächst erfolgen. Mit den Erdarbeiten wird, sobald es die Witterung erlaubt, möglichst schon Anfang März, begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist für den 1. Juli 1930 in Aussicht genommen.

## Preußen rundet ab.

### Ausbau des staatlichen Elektrizitäts.

Die Preussische Elektrizitäts A.-G. (Pzeag) hat den Aktienbesitz des hessischen Freistaats an der Hefrag (Staatlichen-Schweinfurterwerk Hefen-Frankfurt A.-G.) übernommen. Hessen erhält dafür 4,2 Millionen Mark Pzeag-Aktien. Die Zustimmung des hessischen Landtages steht noch aus. Der Anteil der Stadt Frankfurt an der Hefrag ist schon früher auf die Preussische Elektrizitäts A.-G. übergegangen.

Die Hefrag hat vor allem im vorigen Jahr ein Schweizerwerk in Betrieb gebracht, das auch den anfallenden Kots für die Elektrizitätserzeugung benutzt. Die wirtschaftlichen Aussichten sind, wenn das Werk rational betrieben wird, wohl alle Voraussetzungen vorliegen, äußerst günstig. Außerdem wird durch den Verkauf die ganze Energieversorgung im main-hessischen Industriegebiet vereinheitlicht. So wird z. B. Oberhessen in das Versorgungsgebiet der Pzeag einbezogen.

China will Goldwährung. Auch in China führt die Währung immer noch abwärts. Die chinesische Regierung beabsichtigt, den Teil abzugeben und den Dollar auf Goldbasis einzuführen.

Reaktionärlich ist Politik. Dr. Kurt Geyer, Reichsrat, G. Altmann, Gewerkschaftsbewegung, J. Steiner, Journalist, Dr. J. J. Schütz, Reichsrat, und G. Geyer, Reichsrat, sind in Berlin. Berlin: Formbräuer-Berger & Co., Berlin. Deutscher Reichsverband für den Handel und den Verkehr mit dem Ausland. Berlin: G. Geyer, Reichsrat, G. Geyer, Reichsrat, G. Geyer, Reichsrat.



Parteinachrichten für Groß-Berlin

Ein großes Hallensportfest

Der Turnerpathe des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes findet am Sonntag im Sportplatz, Potsdamer Straße, statt.

- 1. Kreis Kreuzberg, Mittwoch, 13. Januar, um 19 1/2 Uhr, Sitzung des Kreisbildungsausschusses...

Mitgliederversammlungen und Jahlabende

- 1. AM, 19 1/2 Uhr im Arnshof, Friedrichstr. 29, Vortrag: 'Die politische Lage'...

- 2. AM, 20 Uhr außerordentliche Abteilungssammlung bei Jaslowiad, Silesienstr. 20...

Frauenveranstaltungen

- 1. AM, Charlottenburg, Donnerstag, 14. Januar, 19 1/2 Uhr im Jugendheim...

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt

- 1. Kreis Mitte, Sitzung, Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt...

Beitrag-Oberrealist, Charlottenburg, Schüler- u. Lehrer-Vereinigung...

Bereinigung sozialdemokratischer Studierender

14. Januar, 14 Uhr: Sozialistischer Arbeiterkreis, 20 Uhr: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft...

Jungsozialisten

Sozialgemeinschaft: Zusammenkunft am Mittwoch, 13. Januar, um 20 Uhr...

Geburtstage, Jubiläen usw.

7. AM, Unserem 100-jährigen Genossen Karl Feller, Eisenbahnstr. 1...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

7. AM, Unter Genoff Hermann Krüsi ist am 10. Januar verstorben...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold', Gesellschaften: Berlin S. 14, Schalkstraße 37-38...

Advertisement for MAKEDON CIGARETTEN featuring a lion logo and the text 'WESHALB KANN „MAKEDON“ STETS UNVERÄNDERTE QUALITÄTEN HERSTELLEN?'.

# Die Katastrophe.

## Drei Millionen suchen Arbeit.

Aus zwei Millionen Arbeitslose wurden Ende Dezember aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge unterstützt. Zu diesen kommen noch die Arbeitsuchenden, deren Unterhaltungsanspruch infolge Ueberschreitung der Bezugsdauer erloschen ist, die ihn infolge zu kurzer Beschäftigungsdauer nicht erworben haben, oder schließlich nicht versicherungspflichtig sind. Mitte Dezember betrug die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitsuchenden 2 437 314. Da die Zahl der aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge Unterstützten in der zweiten Dezemberhälfte um rund 350 000 gestiegen ist, dürfte somit die Zahl der Arbeitsuchenden am Jahresbeginn schätzungsweise 2 850 000 betragen haben. Sie ist seitdem weiter gestiegen und dürfte gegenwärtig mindestens drei Millionen betragen.

Wir haben einen außerordentlich milden Winter. Das Produktionsvolumen lag nach den Ziffern des Instituts für Konjunkturforschung seit April über dem des Jahres 1928 und selbst über dem des vielgeprüften Jahres 1927. Und trotzdem eine Arbeitslosigkeit, die selbst die des Schreckensminers 1928/29 Mitte Dezember von rund einer halben Million Arbeitsuchender überstiegen hat. Mitte Dezember 1928 gab es 1 968 397 Arbeitsuchende. Mitte Dezember

1929 dagegen 2 437 314. Im selben Zeitabstand sank die Zahl der gemeldeten offenen Stellen von 19 277 auf 13 987. Während aber in der ersten Dezemberhälfte 1928 die Zahl der offenen Stellen trotz Verschärfung der Arbeitslosigkeit noch um 0,1 Prozent stieg, sank sie in der ersten Dezemberhälfte 1929 um 6,6 Prozent! Es sind also nicht nur die Zulieferer, die Arbeitskräfte abflohen.

Aber vorläufig handelt es sich noch nicht um eine allgemeine Wirtschaftskrise. Sie kommt aber mit Riesenschritten. Die drei Millionen Arbeitsuchende bedeuten die Katastrophe der Rationalisierung, der steigenden Mechanisierung des Produktionsprozesses, der Steigerung des Arbeitstempos, der Durchorganisation der Betriebe, der Konzentration der Unternehmungen, der Verteuerung des Leihkapitals und der Verknappung des Kredits.

Die beiden letzteren Ursachen veranlassen die Unternehmungen auch langfristige Anlagen aus laufenden Mitteln zu decken, die Intensivierung der Produktion rücksichtslos zu steigern und jeder Lohnerhöhung den hartnäckigsten Widerstand entgegenzusetzen.

Wenn die V. G. Farbenindustrie auf die „geniale“ Idee verfällt, die Fünftagewoche so einzuführen, daß sie die bisherige Arbeitsleistung durch fünf Sechstel der Beschäftigten ausführen läßt, so hat man handgreiflich vor Augen, woher die drei Millionen Arbeitsuchenden kommen.

Es ist einfach so: Unsere Arbeitszeit ist viel zu lang, die Löhne sind viel zu niedrig. Wo muß die vorhandene Arbeitsmöglichkeit ohne Lohnkürzung so gestreckt werden, daß sie für alle ausreicht.

# Schiedspruch garantiert Profit.

## Der Lohn der Kraftdroschkenführer soll vom Profit abhängen.

Der Lohn- und Manteltarifstreit im Berliner Kraftdroschken-Gewerbe fand gestern nochmals in der Kammer des Berliner Schlichtungsausschusses zur Beratung. Nach stundenlangen Verhandlungen kam endlich ein Schiedspruch zustande, der den Wbaunwünschen der Droschkenbesitzer so weit entgegenkommt, daß der Konflikt dadurch nur noch mehr auf die Spitze getrieben worden ist.

Gegenüber der bisherigen Entlohnung der Kraftdroschkenführer bringt der Schiedspruch ganz erhebliche Verschlechterungen. Der wöchliche Festlohn von 2,50 M., den die Chauffeure auf 4 M. erhöhen wollten, soll nach dem Schiedspruch in Zukunft gänzlich wegfassen! Der Garantielohn von 8 M. je Schicht, der solange nach dem Verdienstdurchschnitt von zwei Wochen berechnet wurde, soll fortan nach dem Verdienst der letzten vier Wochen berechnet und außerdem nur dann gezahlt werden, wenn während dieser vier Wochen durchschnittlich je Schicht eine bestimmte Einnahme für ein vorgezeichnetes Maß von gefahrenen Kilometern erzielt wurde.

### Statt des garantierten Lohnes, der garantierte Profit.

Sind diese im Schiedspruch festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllt, erhält der Chauffeur gar keinen Garantielohn, sondern ist lediglich auf die Prozente an der Bruttoeinnahme angewiesen.

Für den Manteltarif sieht der Schiedspruch einige Verbesserungen hinsichtlich der Abgeltung des Urlaubs bei vorzeitigem schuldlosen Ausscheiden aus dem Betriebe, sowie in der Frage der Kündigung vor.

Die neuen Tarife sollen ab 1. Januar bis zum 31. Dezember 1930 gelten. Die Erklärungsefrist läuft bis zum 20. Januar.

Die im Gesamterband organisierten Kraftdroschkenführer nahmen heute, Dienstag, 20 Uhr, im Kolonialer Hof, Rosenhafer Straße 11/12, zu dem Schiedspruch Stellung. Es ist kaum anzunehmen, daß sie den Schiedspruch, der ihre Entlohnung ganz erheb-

lich verschlechtert, annehmen werden, so daß es in den nächsten Tagen leicht zu ersten Auseinandersetzungen im Berliner Kraftdroschken-Gewerbe kommen kann.

Man wird die Veröffentlichung der Einzelheiten des Schiedspruchs abwarten müssen, ehe man sich über ihn ein vollständiges Urteil bilden können. Fest steht jedenfalls, daß der Schiedspruch den auf Grund eines anderen Schiedspruches zustandgekommenen Tarifvertrag aufhebt. Fest steht weiter, daß der Schiedspruch den Garantielohn aufhebt und an dessen Stelle den Garantieprofit setzt. Damit schafft der Schiedspruch einen

### Präzedenzfall von außerordentlicher Tragweite.

Man kann nicht einwenden, daß ja auch der Affordarbeiter seinen Lohn nicht garantiert erhält. Aber abgesehen davon, daß dies nicht völlig richtig ist, so hat der Affordarbeiter die Möglichkeit, seinen Lohn durch sein eigenes Arbeitstempo innerhalb gewisser Grenzen zu bestimmen. Wird er durch Umstände, die nicht in seiner Schuld liegen, daran verhindert (Warten auf Arbeit usw.), dann muß der Unternehmer für den Schaden aufkommen. Hier tritt der „Garantielohn“ in Wirksamkeit.

Der Schiedspruch für das Kraftdroschken-Gewerbe sieht umgekehrt gewissermaßen einen „Garantieprofit“ vor. Denn der Chauffeur kann nicht durch Steigerung des Arbeitstempos den Verdienst steigern. Er muß auf die Kunden warten. Er kann höchstens seinen Standplatz verlassen und auf die Kundensuche gehen. Hier aber scheint gerade der Schiedspruch lächerlich auf den Arbeitseifer zu wirken.

Die Unternehmer haben früher planlos Chauffeure gezüchtet. Der Garantie- verbunden mit dem Mindestlohn hat hier einen sozialen Damm aufgerichtet. Der Unternehmer hat jetzt die Pflicht, dem Chauffeur das Existenzminimum zu sichern. Der Schiedspruch reißt diesen Damm wieder ein — wenn die Chauffeure sich mit ihm abfinden.

Der Tarifentwurf sieht weiter ähnlich der reichszentralen Regelung eine Reduzierung der Bestimmungen über Montagen vor, ferner Verbesserungen der Urlaubsbestimmungen und, was schon seit Jahren gefordert wird, die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrlinge. Die Kostgebühren sollen während der vier Lehrjahre zwischen 12 und 40 Proz. des tariflichen Lohnes eines Facharbeiters über 22 Jahre liegen. Schließlich wird für die Lehrlinge in jedem Lehrjahr ein sechstägiger Urlaub gefordert. Genosse Boese betonte zum Schluß mit Recht, daß diese Forderungen eine Bagatelle seien gegenüber denen, die von der „Opposition“ erhoben werden und die den Vertrauensleuten bereits schriftlich vor Beginn der Versammlung unterbreitet wurden. Diese nach Ansicht der Kommunisten zu geringen Forderungen werden aber bestimmt auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer stoßen und eventuell nur in erbitterten Kämpfen durchgesetzt werden können.

Zur Diskussion meldeten sich lediglich zwei Kommunisten, die aber mit ihren Agitationsträgern von den Vertrauensleuten nicht ernst genommen wurden. Die Vertrauensleute erhoben keinen Widerspruch gegen den Tarifentwurf der Ortsverwaltung, so daß dieser der außerordentlichen Generalversammlung am Donnerstag zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden kann.

## Konflikt in der Textilindustrie.

### Wieder in Schlesien.

In der schlesischen Textilindustrie sind bei den Verhandlungen über den Manteltarif und über das Arbeitszeitabkommen Differenzen entstanden. Für die schlesische Textilindustrie besteht seit dem 1. Juli des vergangenen Jahres kein Manteltarifvertrag mehr. Die Gewerkschaften hatten den für den Manteltarif gefällten Schiedspruch abgelehnt; die Unternehmer hatten den Spruch zwar angenommen, jedoch nicht eine Verbindlichkeit beantragt. Das Arbeitszeitabkommen ist von den Gewerkschaften zum 31. Dezember 1929 aufgelöst worden. Für einen neuen Manteltarifvertrag und für ein neues Arbeitszeitabkommen sind dem schlesischen Arbeitgeberverband vor kurzem Entwürfe zugestellt worden.

Die Verhandlungen in der vorigen Woche brachten kein positives Ergebnis. Die Unternehmer lehnten jedes Verhandeln über den Manteltarif ab. Sie verlangten, daß nur über das Arbeitszeit-

abkommen verhandelt werde. Diese Forderung konnten sich die Gewerkschaften nicht anschließen. Sie verlangen, daß zunächst über den Manteltarif und dann erst über das Arbeitszeitabkommen, das der Ziffer B des Manteltarifvertrages entspringt, beraten werde.

Die Unternehmer haben nach dem Scheitern der Verhandlungen ein beschleunigtes Schlichtungsverfahren für das Arbeitszeitabkommen beantragt. Der Schlichter hat diesem Wunsch Rechnung getragen und für Donnerstag Verhandlungen angesetzt. Die Gewerkschaften haben ebenfalls einen Antrag auf ein beschleunigtes Schlichtungsverfahren, und zwar für den Manteltarifstreit beim Schlichter gestellt. Ueber diesen Antrag wird, wie aus der Einladung des Schlichters hervorgeht, gleichfalls am kommenden Donnerstag verhandelt werden.

## Noch ein Tarifkonflikt bei der Reichsbahn.

### Die Angestellten rufen den Reichsarbeitsminister an.

Seit einiger Zeit schweben mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Verhandlungen wegen Erweiterung des Geltungsbereiches des Angestelltenarbeitsvertrages auch auf diejenigen Angestelltengruppen, die heute noch dem Arbeiterlohnrecht unterstellt sind.

Der Zentralverband der Angestellten teilt hierzu mit: Nachdem die Organisationen am 26. April 1929 den Angestelltenarbeitsvertrag gekündigt und neue Forderungen eingereicht haben, fanden Verhandlungen statt, die nicht zu einer Einigung mit der Reichsbahn-Gesellschaft führten. Man hat nunmehr den Reichsarbeitsminister angerufen mit der Bitte um Einsetzung eines Schlichtungsverfahrens und Bestellung eines unparteiischen Schlichters.

## Zusammengebrochene Hehe.

### Gegen die AOK der Stadt Breslau.

Breslau, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Der Prozeß der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Breslau gegen die „Schlesische Zeitung“ brachte dem Blatt, das sich in der Hehe gegen die Krankenkassen im Laufe des letzten Jahres ganz besonders hervorgetan hat, die verdiente Züchtigung. Der verantwortliche Redakteur Frißche muß seine Bescheidigungen restlos zurücknehmen. Von seinen Behauptungen blieb lediglich übrig seine rein private Ansicht, daß er die Ausgaben der Kasse für Bauten für zu hoch halte.

Das Verhältnis zwischen den Ärzten und der Ortskrankenkasse ist, wie die Zeugenerklärung ergab, durchaus gut. Die Kostenbeiträge wurden 1927 ermäßigt und seitdem nicht erhöht. Ueber das Bauvorhaben waren sämtliche Vorstandsmglieder unterrichtet. Alle Beschlüsse sind einstimmig gefaßt und von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden.

## Die Staublunge der Bergarbeiter.

### Sechstausend Invaliden.

Bei der Ruhrknappschicht sind wegen Staublunge nicht weniger als 6000 Bergarbeiter invalidiert. Die Sektion II der Knappschichtberufsgenossenschaft in Bochum faßt den Begriff der schweren Staublungerkrankung besonders eng. Sie erkennt nur bei einem geringen Prozentsatz der Knappschichtinvaliden das Vorliegen schwerer Staublungerkrankung an.

Der Bergbauindustriearbeiterverband fordert daher vom Reichsarbeitsminister eine Ergänzung der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufs-krantheiten vom 11. Februar vergangenen Jahres.

Da der Begriff der schweren Staublungerkrankung in der Verordnung nicht näher erläutert wird, wirken sich die Bestimmungen vielfach zumungunsten der Arbeiter aus. Besonders schlimm liegen die Dinge bei den Bergarbeitern, deren Staublunge soweit entwickelt ist, daß sie die Arbeit ununterge ausgeben müssen, wenn sie ihr Leben nicht riskieren wollen, die aber noch nicht als berufsunfähig im Sinne des Reichsknappschichtgesetzes angesehen werden.

## Brauereien und Angestelltenarbit.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns, gleichzeitig im Auftrage des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Deutschen Betriebsmeister-Verbandes, geschrieben:

Der Verein der Brauereien Berlin und der Umgegend hat Verhandlungen über den Gehaltstarifvertrag der Angestellten und damit eine Erhöhung der Angestelltengehälter abgelehnt. Der Arbeitgeberverband begründet seine Ablehnung u. a. damit, daß der Index seit über Jahresfrist fast völlig unverändert geblieben sei, daß durch die Biersteuerpläne der Regierung lebhafteste Beunruhigung der Brauindustrie hervorgerufen wurde, und daß zu befürchten ist, daß dem Gewerbe stiegende Erschütterungen nicht erspart bleiben.

Interessant ist der bei solchen Gelegenheiten immer wiederkehrende Hinweis auf den unveränderten Index, nach dem man sich aber in Handel und Industrie bei der Festsetzung der Preise noch nie gerichtet hat. Ist mit diesem Hinweis etwa der Wohlstandsinde der Berliner Brauereien gemeint?

Das Braugewerbe hat nach in jedem Jahre und selbst bei den vergangenen Biersteuererhöhungen recht ansehnliche Umsatzsteigerungen und Gewinne erzielt. Von einer Beunruhigung der Brauindustrie kann also wohl nicht gut die Rede sein. Bisher hat man es stets verstanden, die Biersteuer auf die Konsumenten abzuwälzen, um so erst recht Profitsteigerungen zu erzielen.

Die Tarifkommissionen der AOK-Verbände haben zu der Ablehnung Stellung genommen und ihre Organisationen beauftragt, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

## Gesperrte Gastwirtsbetriebe.

Wegen Differenzen hat der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten folgende Gastwirtsbetriebe für seine Mitglieder gesperrt:

Mitte: Die Betriebe der Restaurant-Automaten G. m. b. H.: 1. Friedrichstr. 88, 2. Maganderstr. 39/40, Münzstr. 4. Norden: Restaurant „Zur deutschen Ede“, Inh. Jonas, Invalidenstr. 124, Restaurant „Königstor“, Inh. Anna Wüde, Prenzlauer Berg Ede Neue Königstr. 10.

West: Nordwest-Hotel, Restaurant u. Feisfälle, Turmstr. 7/8. Ost: Ostendberg: Palais des Ostens, Inh. Pfeilhoffer, Warschauer Str. 35; Berliner: Rindl (früher Borussia-Festhalle), Deftonom Arthur Dehls, Weihensee, Berliner Allee 211; Gastwirt Köffel, Weihensee, Langhansstr. 106; Restaurant Remeler Krug, Große Frankfurter Str. 146 Ede Remeler Straße.

## Incendoruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Richtenberg: Jugendheim, Sonntag, 14. Uhr. Preuss. - Der Pöhl, von 1919 bis 1929. Nationaler Verband, - Nachmittags: Jugendheim, Sonntag, 18-19 Uhr. Sonntag: „Mit und die Berufsschule“, Restaurant Willi, Berlin. - Ab 20 Uhr steht der Sport- und Bewegungssport in der Turnhalle der Schule, Turmstr. 20.

## Die Forderungen der Holzarbeiter.

### Verkürzung der Arbeitszeit. — Keine Mehrarbeit. Lohnerhöhung.

Mit der Aufstellung der Forderungen zum Manteltarifvertrag für das Berliner Holzgewerbe beschäftigte sich gestern Abend eine stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung.

Der Manteltarif ist auf Beschluß der letzten Generalversammlung zum 28. Februar gekündigt worden. Die Bezirksobleute haben das Ergebnis der Aussprache in den Bezirken und Betrieben über die Tarifkündigung in einem Gesamtbericht zusammengefaßt, den die Ortsverwaltung zur Grundlage eines Tarifentwurfes gemacht hat, der vom Bevollmächtigten, Genossen Boese, den Vertrauensleuten unterbreitet wurde.

Boese betonte einleitend, daß sich die verantwortlichen Verbandssprecherinnen eingehend mit der Tarifkündigung befaßt und ihr schließlich zugestimmt haben, obwohl die Arbeitsmarktlage in der Berliner Holzindustrie zur Zeit gerade nicht sehr rosig ist und am 28. Februar im gesamten Reichsgebiet 207 Tarifverträge für ungefähr 145000 Beschäftigte ablaufen.

Der Tarifentwurf der Ortsverwaltung sieht eine Erweiterung des Geltungsbereiches des bisherigen Tarifvertrages vor, ferner eine Reduzierung der Bestimmungen über die Beschäftigung von Kuschlararbeitern, die Neuregelung der Kündigungsfristen entsprechend den Forderungen, die 1927 zum Reichstarifvertrag erhoben worden sind.

Die Arbeitszeit soll von 46 Stunden auf 45 Stunden pro Woche verkürzt und die Überstunden nur auf besondere Notfälle beschränkt, sowie durch Freizeit wieder ausgeglichen werden.

In der Frage der Entlohnung soll künftig nicht mehr zwischen Durchschnitts- und Mindestlöhnen unterschieden werden. Im Tarifvertrag sollen für jede Gruppe Tariflöhne festgelegt werden. Die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen sollen sich nach einem auf den Jahresarbeitslohn aufgebauten Berufsklassen- und Altersklassenschlüssel regeln, der für die einzelnen Kategorien etwas höher liegt, als es bisher der Fall war. Ferner soll eine neue Gruppe der Angelernten und eine Gruppe der Ungerlernten unter 16 Jahren eingeführt werden.

## Erich K. Schmidt: Die Blutsbrüder

Nachbarn, Schulkameraden, dreizehnjährig die beiden, doch sonst in allem Gegensatz: Franz ist blond und Peter braun; Franz ein Mathematik- und Naturwissenschaftler, Peter ein guter Lateiner; Franz wohnt in einer ehrfürchtig gebietenden Villa, Peter in der engen Wohnung eines Hinterhauses.

Sie schlendern von der Schule heim und spenden einander Trost, denn Franz hat eine schräge Jesur im lateinischen Aufsatz, und auch das „Mangelhaft“ unter Peters orthographischen Aufgaben zerstört die ganze Stimmung dieses freien Nachmittags. Die Verschwiegenheit ihrer soziafenen Lage erkärt es, daß Franz die Enttäufung schneller überwindet, er springt plötzlich über die Straße und kommt mit einer großen Lüge zurück, die er in Peters widerstrebende Hände drückt. Sie enthält gebrannte Mandeln, für die Peter alles außer seiner Ehre opfert; ihr Erwerb würde sein ganzes monatliches Taschengeld verschlingen, während Franz es verschmätzt, auch nur eine einzige Mandel zu kosten. Dafür leuchten seine Augen vor warmer Freude, als er Peters Beglückung sieht. Sie vergessen die schönsten Ausfertigungen ihrer Lehrer und beschließen, den Nachmittag trotz alledem in der grünen Freiheit des Waldes gemeinsam zu verbringen. Sie trennen sich mit männlichem Händedruck, um schnell zu essen und die Schularbeiten zu erledigen, und pünktlich um drei Uhr pfeift Peter vor dem Gitter, dahinter sich die weiße Villa der Eltern seines Freundes erhebt. Blumen sind zu bunten Reizmentern im Vorgarten aufmarschiert. Aus hochgelegenen Fenstern sieht Franzens blonder Kopf einen Augenblick prägend hervor, dann öffnet er unten das Portal, sie verlassen die laute Straße und glücken ganz in dunkles Didiht hinein. Dort gibt es einen Platz, mädchenhaft vernonnen, eine Duris guchst, dort kann man plaudern und träumen, so erdgefäst, als wenn die Welt frei von allen Tyrannen wäre. Peter streift sich ins Moos, das ihn schöner als sein hartes Bett empfängt, er schiebt eine gebrannte Mandel nach der andern in den Mund, während Franz, die Beine nach Indianerart gekreuzt, seine lebhaften braunen Augen nach allen Seiten schwärzen läßt. Er öffnet seine Jacke, und siehe, er trägt darunter einen Lederriemen, daran ein seiner Dolch in gelber Scheide baumelt. Er besitzt große Treffsicherheit und vermag die Waffe geschickt über weite Entfernungen in die Rinde der Bäume zu schleudern.

„Wißt du es auch probieren?“ fragt er den Freund, und Peter ist glücklich, als er den zierlichen Dolch in den Händen hält. Aber es gelingt ihm erst nach einer Weile, die Waffe so zu werfen, daß die Spitze trifft. Bald blutet der Baum aus hundert Wunden, doch Peter und Franz sind noch zu jung, um seine Schmerzen zu fühlen.

Nun fördert Franz einen kleinen Ball aus Tageslicht, er vergißt den Dolch, der noch in einem Stamm verliert, sie werfen ebendiesend den Ball so hoch, bis er die Zweige der tiefenblauen Tannen erreicht, die über ihnen rauschen. Wöglich ist der Ball verschwunden, Peter sucht ihn erböt, während Franz sich, mit rotem Gesicht, auf den Rücken wirft.

„Ach, laß den Ball doch laufen“, ruft er Peter zu, der es nicht gewohnt ist, Berühungen fühlen Blutes zu empfangen. Aber Peter sucht vergebens, er bringt den Dolch und schiebt ihn in die Leere Scheide an Franzens Hüfte.

„Wißt du den auch stecken lassen?“

„Du kannst ihn haben, wenn du magst.“ Nein, an diesen Sachen hängt Franz ganz und gar nicht, Peter muß immer wieder

seinen Leichtsinm bewundern, doch den Dolch will er nicht haben sein Bormund würde ihn sofort wegnehmen.

Während der Freund mit geschlossenen Augen in einem Sonnenstreifen liegt, muß Peter daran denken, wieviel es bedeutet, einen Vater zu haben, und wenn der Vater gar noch reich ist: ein fast unerträgliches Glück! In Franzens Dachkammer steht ein Bücher-schrank voll köstlicher Bücher, alle sind eingebunden und viele Bilder stecken zwischen den Seiten. Er selbst besitzt nur eine Bibliothek von zerlesenen Groschenheften. Hundert Spiele gehören dem Freunde, die er kaum noch aus den Schüben zieht, raffinierte Baukästen, Maschinen aller Art, eine vollkommene Indianer-ausrüstung, mit Schild, Bogen und buntgefiederten Pfeilen. Er plüzt schon, wenn er mit all den Sachen gelegentlich spielen darf; sie zu besitzen, muß einem den Verstand rauben. Doch Franz bleibt von alledem ganz ungerührt, gut und bescheiden ist der Franz, er läßt ihm an seiner Fülle teilnehmen. Es ist für Peter ein Glück, daß sie Nachbarn wurden, er wird von zärtlichen Gefühlen erfüllt, die er nicht zu zeigen magt.

„Heute müße wir es tun“, sagt Franz plötzlich. Er zieht ein Glas aus seinen unergründlichen Taschen. „Heute müssen wir Blutsbrüderschaft trinken!“

Er nimmt einen zusammenlegbaren Silberbecher aus dem Glas, füllt ihn mit Quellwasser, zieht den Dolch, spuckt auf die Spitze und trocknet sie sorgfältig an seinem Taschentuch ab. Er streift den Korkel hoch und rikt die Haut, es fallen drei Tropfen in den Becher, auch Peter nimmt die gleiche Prozedur an seinem Arm vor, wieder drei Tropfen, gut durcheinander geschüttelt — ein jeder trinkt die Hälfte des leicht getrüben Wassers, in dessen sie die freien Hände verfrachten.

„Nun ist dein Blut in mir und meins in dir, Peter, nun sind wir Blutsfreunde, durch nichts zu trennen als durch den Tod.“

Feierliche Stämmung erjacht die beiden Knaben nach dieser Zeremonie, sie kommen sich irgendwie verändert vor, wie Erwachsene, wenn sie das Abendmahl nehmen. Die Wipfel über ihnen rauschen stärker im Abendwind, die Stämme glücken ganz oben rot, wie in Blut getaucht.

„Jetzt müssen wir zur Befestigung unseres Bundes rauchen“, sagt Franz, und zieht aus wieder einer anderen Tasche eine Schachtel Zigaretten heraus.

Peter sieht sich ängstlich um, als könnte in diesen dämmernen Waldeswinkel plötzlich ein Lehrerauge eindringen. Er hat noch nicht die Virtuosität im Rauchen wie der Blutsbrüder, und nach eiflichen, tiefsaugenden Zügen plaut Franz zu sehen, daß der Freund erlischt.

„Wird dir schlecht?“ fragt er besorgt, „dann wirf den Stämmstengel fort!“ Peter schämt sich sehr und sagt: „Das war ein starker Tobak.“ Wir müssen schnell nach Hause, es wird ja schon dunkel, Mensch, ist mir schlecht!“ Franz erwidert lachlich:

„Alles Gewöhnheit.“ Und er holt eine Taschentampe hervor, die ihren Heimweg beleuchtet.

Vor Franzens Hause trennen sie sich; Peter sagt: „Wenn mir auch übel wurde — schön war es doch. Und daß wir nun Blutsfreunde sind!“

Rührung und Zärtlichkeit überfallen Peter und Franz. Es fehlt nicht viel, und sie würden einander küssen. Aber das schiebt sich für Jungens kaum, das ist Weiberart. Und außerdem: ein Automobil hält am Straßenbord, daraus mit behäbiger Elastizität Franzens Vater, der Direktor, steigt. (Schluß folgt.)

## Heinrich Kemmer: Das Leopardenfell

Als wir meinen hübschen jungen Kolonialdiener auf einer Bombustragbahn durch Port Dillon trugen, kam ein anderer, nicht minder schöner Malaisie an die Tragbahn gelassen, berührte die Augen des Entschlafenen, um sich zu vergewissern, daß er auch richtig tot sei: „itu butul: das geschieht dir recht“, sagte er und schlug sich aufs Knie, während seine Frau, eine üppige junge Malaisin, schluchzend zusammenbrach. Damit hat es folgende Be-wandnis.

Wir jagten des öfteren in der Dschungel: acht Meilen landeinwärts von Port Dillon, einem kleinen Hafen zwischen Penang und Singapur, der nur von Lokalschiffen angelaufen wird und wo das Leben außer der Jagd (auf Dschungeltiere, Malaisinnen und Wischlafsch) wenig Reiz hat. Bei Ah Moan, dem Chinesen, treffen wir uns. Er hat ein kleines Extrazimmer für uns eingerichtet, das heißt, einen schmierigen Vorhang vor ein paar Stühle und einen offenen Tisch gespannt, damit wir, die Herren Europäer, abgefondert, wie es die Sitte verlangt, von den Fardigen unferen (respective senen) Whistly trinken können. Stort sigt immer dort, der fette Förster, ein klapperdürre Plantagenaufseher, der ewig beloffene Landmesser und ich, ein Käufer von Landesprodukten, die ich nach Singapur verfrachten muß. Mac Gill, mein Konkurrent, ist seitdem bei Ah Moan, um so öfter sein junger Bruder aus England, ein Ledysman, der zu gerne einmal eine Dschungeljagd mitmachen wollte (um sich bei Londoner Five o'clocks damit zu brüsten). Er hat und bettelt, wir sollten ihn mitnehmen, und das läten wir auch, obwohl er nur mit einem Flaubertgewehr zu schießen verstand, das einem Leoparden nicht mehr anrat, wie ein Beutegeströckchen.

Wir hielten die Malaisin mit den Hund an vorausgeschickt. Die woren onterhalb Meilen in die Dschungel eingedrungen und trieben uns Wild zu. Es gibt dort Leoparden, Rehe, Panther, Tiger und sonst allerlei, dem man gerne etwas hinauspfeffert, allerdings in bescheidener Anzahl. Zuerst kam ein Hirsch zum Vorschein. Der fette Förster gab einen Schuß ab und es war aus mit dem Hirsch. Bald darauf legte sich ein Eber — den nahm ich aufs Korn. Er bekam eine Ladung ins Kreuz, die seinen Hinterleib lähmte. Mit den Vorderfüßen bewegte er sich wütend weiter und gräbt sich, die tote Körperhälfte nachschleifend, durch die Dschungelwand. Einen ganzen Gang gräbt das vermündete Tier durch das Didiht. Die Hunde sind klaffend hinter ihm her. Dann kriecht der Malaisie nach, mein armer bravet Diener, dann der thörichte Junge Mac Gill (enttäuscht darüber, daß die Jagd heute nur ein Hirsch und ein Eber ist, Tiere, mit denen man vor englischen Badys schlecht renommieren kann), dann ich. Wir kommen auf eine Lichtung. Der Eber dreht sich, toll vor Schmerz im Kreise. Die Meute ist um ihn herum und bellt ihn an, ohne ihn zu paden. Sie wartet auf den lobbringenden Schuß. Wie ich mein Gewehr ansetzen will, tracht ein anderer Schuß. Mac Gill hat sein blödsinniges Flaubertgewehr abgeschossen. Das hat dem Eber weiter nicht geschadet, aber den Hund an vorzeitig das Signal zum Angriff gegeben. Sie fallen über den immer noch mächtigen Eber her. Der Eber stößt nach rechts, nach links: hat zwei von Storks besten Hund an den Bauch aufgeschliff, daß die Gebärme herausquellen. Der Malaisie in der Mitte will die Hunde schüßen. Ein Ruck, der Eber hat auch meinem Diener den Bauch aufgeschliff, seine Eingeweide liegen offen da, wie bei einer Unter-suchung der Anatomie. Ich brühte ab. Der Eber rükt sich nicht mehr. Der Malaisie stöhnt. Wir schießen die blutenden Gebärme zu-rück, so gut es geht, und binden seinen Hinterleib mit unseren Wildel-gamaschen zu. Dann machen wir Bombustragbahnen für den noch lebenden, ebenfalls mit Wildelgamaschen zusammengeschnürten Hund. Er wird gemens, denn seine Gebärme woren unnerlegt. Mein Diener starb, kurz ehe wir Port Dillon erreichten. Jetzt freute sich der andere Malaisie, ihn tot auf der Bohre zu sehen: denn er hatte seine Frau verführt. Und weil diese weinend vor der Bahre zusammengesbrochen war, ging er nächsten Tags zum Bengalküch, dem malaischen Richter, zahlte einen Dollar für den Surat herat, den Scheidungsbrief und sagte zu Hause zu seiner Frau: inila surat cheral, du kannst gehen.

Der junge Mac Gill aber kaufte selbigen Tages ein Leopardenfell. Das wird jetzt in seinem Londoner Zimmer vor dem Kamin liegen. Und er wird wohl bei Londoner Five o'clocks läufig seine Erzählung beginnen von „damals in Port Dillon, als der Leopard mit einem Schuß aus der Dschungel heraus auf ihn losgesprungen kam ... vor meinem Kamin liegt das Fell, wenn Sie es sehen wollen, Radam ...“

Das älteste Museum der Welt. Daß die ostasiatische Kultur eine der ältesten der Menschheit ist, dürfte allgemein bekannt sein. Bereits im Jahre 756 (nach unserer Zeitrechnung) wurde auch schon in K a r a (Japan) das e r s t e M u s e u m der Welt gegründet. Dieses Museum besteht noch heute und enthält über 8000 Gegenstände, darunter geradezu unermeßlich wertvolle Prachtstücke der altasiatischen Kunst: Holz- und Lederarbeiten, wundervolle Möbel, Emailarbeiten, kunstvolle Armaturen und auf eine heute unbekannte Weise gewebte und bemalte Stoffe. Ein Teil der Kunstschätze stammt aus China, der größte Teil aber aus Korea. Es ist interessant, festzustellen, daß sich dort schon damals vielfach fremdländische Einflüsse bemerkbar gemacht haben. Man findet mannigfache persische und griechische Anklänge, die sich häufig wiederholen. Elefanten- und Kamelmothive beweisen auch libanatische Beeinflussung. — Das einzigartigste Museum ist nur im Frühjahr geöffnet und bildet einen besonderen Anziehungspunkt für europäische Künstler und Wissenschaftler.

Im Kleinen durch die Sahara. In einem kleinen zweiflügeligen Kraftwagen ist ein französischer Kriegsveteran Ernest Lachetti innerhalb von drei Monaten glücklich durch die Wüste Sahara gefahren. Er machte sich mit einigem Robrungsverrat und Brennstoff sowie einem Revolver und einem Gewehr versehen auf die Reise und durchquerte die Wüste in 88 Tagen. Er brach von Gao in französisch-Besafsrika auf, fuhr nach Tabankort und von dort durch die Wüste nach Agier. Er hatte verschiedene gefährliche Abenteuer und war einmal dem Tode des Verderbens ganz nahe, kam aber glücklich durch und will jetzt Anfang Neujahr in demselben Kleinwagen nach Gao wieder zurückfahren.

Nahrung bei den Malaisin. Bis auf den heutigen Tag betreiben die Malaisin ihren Nahrung in primitiver, trotzdem aber höchst origineller Weise. Sie sammeln nämlich eine Menge Bälchel von den Wurzeln der Tabakpflanze, pressen den Saft aus und führen ihn in Gefäßen in ihren langen Einbocken mit sich aufs Meer. Wenn die Flut zurückgeht, schütten sie den Saft in das Wasser, das dann in weitem Umkreis davon durchdrungen wird. Als Nahrung aber die sich darin aufhalten, kommen wie betrunken an die Oberfläche und lassen sich mühelos fangen. Später, wenn der Nahrungsvorrat über ist, erholen sie sich wieder vollkommen, denn das Karbolium, das der Saft enthält, ist völlig unschädlich.

Die Vereinigten Staaten haben nur 100 000 Mann Militär, also ebensoviel wie Deutschland. In dem gleich großen Europa stehen 7 Millionen Soldaten unter den Waffen.

## Erna Büsing: Eine Nacht mit Mimi

Seine Frau war vertriebt und da wollte er sich auch einmal etwas leisten, das heißt, er wollte mit Mimi schlafen gehen. Mimi war eine schlanke Angorakatte, von einem Eigenwillen und einer Krabbirrigkeit, die vergeblich ihresseligen suchten. Seine Frau hätte nie und nimmer erlaubt, daß Mimi mit ins Bett käme. Doch trahpöpsig und erlebnishungrig wie ein Schulbube, wollte er jetzt die verbotene Gelegenheit wahrnehmen.

Mimi, an nadelstiches Herumtreiben gewöhnt, war empört über das zugewandete weiche Lager. Ihre Haare sträubten sich, sie zeigte die Zähne und sie lautete wie ein Tiger in Raaktaschenformel. Er wollte sie zwingen, er griff nach Mimi und wenn er meinte, er hätte ihren Schwanz, dann hatte er einen anfälligen Tagelieb quer über die Hand. Mimi schlug her, seine Haut rollte sich auf und das Blut tropfte aus tiefen Rissen. Er sog die Wunde aus, denn als echter Mann war er vorständig und ängstlich zugleich und stets rührend besorgt um die eigene Gesundheit. Dennoch zeigten ihn Widersprüche ungemün. Er troch hinter Mimi her. Er stieß beim schnellen Aufstehen mit dem Kopf unter Bett, er klemmte sich den Finger zwischen Fußleiste und Radstischwand, er glüt über den Bettvorleger aus und legte sich unlanft auf seinen von Natur zum Eigen bestimmten Körperteil. Abwechslend rief er Mimi oder schuchte, je nachdem es die Situation gerade mit sich brachte. Mimi machte dieses Theater Freude.

Als er zwei Stunden lang getobt hatte, war er körperlich schach-matt, aber seelisch geboden ab der eigenen Beharrlichkeit. Doch da nahmen die Wrieter, die unter ihm wohnten, einen Besensstiel und Kapfzen damit unter die Decke. Das war Grund genug für den Mann, gerechtfertigt vor sich selbst, sein Vorhaben beruhigt einzustellen. Den Verlust, Mimi zu zähmen, hatte er nicht schwächlich aufgegeben, er hatte nur auf die Allgemeinheit die schuldige Rücksicht genommen. Wirklich müde fiel er ins Bett, Mimi aber entwichte in die Stube.

Es schlug Mitternacht, als er von einem fürchterlichen Geposster erwachte. Er dachte an Einbrecher und diese Gedanken waren ihm sehr unangenehm. Wie schon erwähnt, seine Frau war nicht zu Hause; infolgedessen konnte er sich nicht die Decke über die Ohren ziehen und rufen „Mutter, stehe mal auf, wir wollen mal sehen, wer da ist!“ Er mußte jetzt tatsächlich selbst aufstehen. Umständlich trat er in seine Hauschuh und zog sich sein Jodett übers Nachthemd. Als er das Licht angebracht hatte und zitternd in die Stube kam, traute er seinen Augen kaum. Mimi hatte sich gefallen an der Jagd gefunden, daß sie die lustige Springerei auf eigenes Risiko fortsetzte. Dabei war sie auf den Bücherständer geraten und hatte eine dort stehende Nippfische heruntergeworfen. Diese Nippfische war die einzige, die im Zimmer stand, sie war aber acht Meilen und drei Kilowarenhändler und ein Porzellanhochverstander hatten sie bereits

angesehen, weil sie verkauft werden sollte. Der Porzellanhochverstandige war sogar zweimal dagewesen, einmal hatte er einen dreistündigen Vortrag über altes Porzellan und Meißener im besonderen gehalten und das anderemal war er früher weggegangen, da er bereits nach zweifelhaftem Aufenthalt Koffee bekam. Und nun war die Figur mit Stammbaum und Verkaufsaussichten kaputt. Der Mann holte einen Besen, legte unter ziemlich wehmütigen Betrachtungen die Scherben zusammen, damit Mimi sie sich nicht in die Füße traute, und ging schlafen.

Das heißt, er gab sich Mühe, einzuschlafen. Er dachte an die Nippfigur, er dachte an Mimi und die große Reizbarkeit der Augen-temperamente. Er kam zu seinem Entschluß und auch zu seinem Abschluß seiner Denkfähigkeit und um vier Uhr morgens nahm er Baldrian, damit er sich endlich beruhige.

Gerade verwirren sich seine Sinnesindrücke, um in das Reich des Schlafes zu wechseln, als etwas für ihn Unerwartetes geschah. Baldrian löst bekanntlich die Kagen an und darum bequemte sich Mimi, zu ihm ins Bett zu springen. Ihr Weg war ein absonderlicher und genau so eigenwillig wie Mimi selbst. Sie sprang nämlich vom Kleiderständer ins Bett und dabei Herrchen ausgerechnet auf den Bauch. Erschrockt war der Mann hellwach und da er nun ein für allemal sein Abenteuer mit Mimi beendet wissen wollte, sperre er sie in die Küche ein. In den Nachbarwohnungen hörte er bereits die ersten Wacker schurren, als er endlich norm Einschlafen war. Doch diese Nacht war für ihn restlos verloren; denn ein ungeheurer Krach ließ ihn regelrecht aus dem Bett fallen. Zitternd, aber doch weniger schreckhaft als um Mitternacht, weil das Morgenslicht bereits ins Zimmer fiel, eilte er in die Küche, da in ihr die Urjade des Krachs zu suchen war. Schnurrend sah Mimi auf dem Fußboden, inmitten unzähliger Scherden. Sie hatte ihr neues Revier untersucht und dabei, lustig aufgelegt wie sie nun einmal war, einen Porzellan-eimer von der Stellage gespielt. Der war ein Erbstück von der Großmutter selb und hatte bereits in der dritten Generation als über Stehweg, aber sorgfältig geschütztes Rückenprunkstück auf besagter Stellage paradiert. Sehr war er kaputt und Herrchen suchte nach Entschuldigungsgründen seiner Frau gegenüber; denn die Rage durfte nach hausfraulicher Anordnung nachts stromern, hatte also nichts in der Küche zu tun. Und als der Herr des Hauses mühsam die Scherben zusammenlegte, kam wulfschnaubend der Untermieter und erklärte, er hätte immer erst morgens die richtige erquickende Zimmer gäbe es übergenug. Wenn er noch einmal um seine Ruhe gebracht würde, dann löge er sofort.

Ins Schlaf ergeben, zog der Mann sich an. Seine Frau kann jetzt wegbleiben solange sie will — niemals wird er Mimi wieder mit ins Bett nehmen.

